

**7. Sitzung des Grossen Gemeinderates von Donnerstag, 15. Dezember 2005
im Tell-Saal, Ostermündigen**

Beginn: 16.30 Uhr

Schluss: 20.15 Uhr

Vorsitz:	Bruno Schröter	(EVP)	1
Stimmzähler:	Theo Lutz	(SP)	1
	Patrik Lüthy	(SVP)	1
Anwesend:	Claudine Basler, Maria Anna Baumann Aziz Dogan, Rudolf Kehrli, Ursula Lüthy, Rudolf Mahler, Marianne Neuenschwander, Norbert Riesen, Roger Schär, Andreas Thomann, Regula Unteregger	(SP)	11
	Erich Blaser, Hans-Rudolf Hausammann (<i>ab 16.55 Uhr</i>), Ernst Hirsiger, Christoph Künti, Lucia Müller (<i>ab 17.00 Uhr</i>), Aliko Maria Panayides (<i>bis 19.30 Uhr</i>), Beat Weber	(SVP)	7
	Heinz Gfeller, Egon Julmi, Marco Krebs, Peter Wegmann, Inge Wymann	(FDP)	5
	Renate Bolliger, Philippe Gerber, Rahel Wagner	(EVP)	3
	Franz Kälin, Eduard Rippstein (<i>bis 18.30 Uhr</i>)	(CVP)	2
	Walter Bruderer (<i>ab 18.15 Uhr</i>), Marco Mantaroro, Michael Meienhofer	(FORUM)	3
	Thomas Christen	(SD)	<u>1</u>

Vertreter des Gemeinderates:	Gemeindepräsident Christian Zahler, Annagreth Friedli (<i>ab 17.00 Uhr</i>), Thomas Iten, Florence Martinoia (<i>ab 17.55 Uhr</i>), Ursula Norton, Rolf Rickenbach, Urs Rüedi, Peter Suter, Thomas Werner Gemeindeschreiberin Marianne Meyer
Entschuldigt:	Mitglieder des Grossen Gemeinderates Stefan Hübscher, Tony Iannino, Rupert Moser, Meta Stäheli Ragaz, Markus Truog Mitglieder des Gemeinderates ---
Protokoll:	Jürg Kumli, Gemeindeschreiber-Stv.

G E S C H Ä F T E

78	P Protokoll-Genehmigungen		
	Protokoll der 6. Sitzung des GGR vom 27. Oktober 2005; Genehmigung		317
79	10.611 Parlamentarische Kommissionen (GPK, Büro GGR etc.)		
	Wahl des Büros des Grossen Gemeinderates für das Jahr 2006		318
80	10.611 Parlamentarische Kommissionen (GPK, Büro GGR etc.)		
	Geschäftsprüfungskommission des Grossen Gemeinderates (GPK); Wahl Präsidium und Vizepräsidium für das Jahr 2006		322
81	10.432 Legislaturziele/Bevölkerungsbefragung		
	Legislaturziele 2005 bis 2008; Kenntnisnahme		323
82	10.373 Postulate 10.400 Allgemeines 10.928 Verwaltungsorganisation/Organisationsstrukturen		
	Behörden- und Verwaltungsreform; Schlussbericht der Projektgruppe zum Vorprojekt - Genehmigung Inhalt des Hauptprojektes		329
83	10.2255 Verkauf Rütihoger		
	Überbauungsordnung (UeO) „Rütihoger“: Verkauf von Bauland ab Parzelle Nr. 1538; Auftrag und Ermächtigung an den Gemeinderat - Kreditbeschlüsse für Infrastrukturanlagen und allfällige Vertragsauflö- sungen im Zusammenhang mit dem Asylbewerberzentrum		344
84	42.242 Leitungsnetz; Hauptleitungen, Neuerstellung 42.312 Abwasseranlagen; Neuerstellung		
	Überbauungsordnung (UeO) „Oberdorf (Schmätterling)“; Ersatz der Wasserhauptleitung im Bereich Bachstrasse/Bachweg und Sanierung der Abwasserhauptleitungen in der Oberdorfstrasse - Kreditbewilligung		349

85	42.242 Leitungsnetz; Hauptleitungen, Neuerstellung		
	Waldeckstrasse und Bernstrasse; Neubau und Ersatz der Wasserhauptleitungen - Kreditbewilligung		351
86	10.374 Interpellationen 10.801 Ständige Vertretungen in Gemeindeverbänden, regionale Gremien und Institutionen		
	Überparteiliche Interpellation betreffend „Strategie für Agglomerationen und regionale Zusammenarbeit (SARZ)“; Vernehmlassung zu den Verfassungs- und Gesetzesänderungen - Stellungnahme der Gemeinde Ostermundigen; Begründung und Beantwortung		352
87	10.374 Interpellationen		
	Interpellation FORUM-Fraktion betreffend die Folgen der anvisierten Bevölkerungszahl; Begründung und Beantwortung		356
88	10.372 Motionen		
	Überparteiliche Motion für ein GATS-freies Ostermundigen; <i>parlamentarischer Neueingang</i>		359

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 15. Dezember 2005

Ratspräsident: Ich begrüsse alle Anwesenden zur 7. Sitzung des Grossen Gemeinderates von Ostermundigen. Speziell heisse ich die politisch interessierten Zuhörerinnen und Zuhörer und die Pressevertreterinnen und -vertreter willkommen.

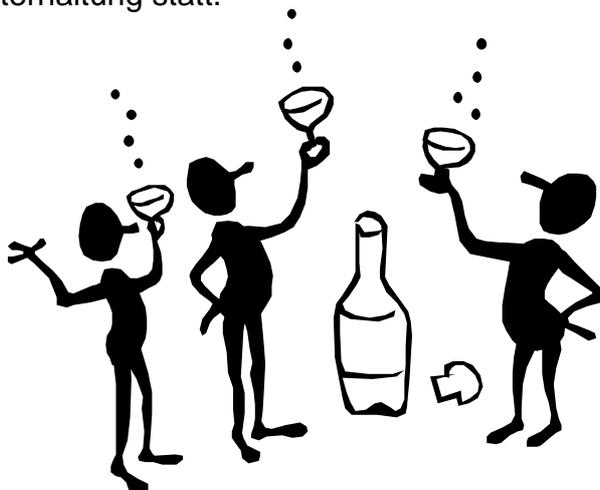
Ich stelle fest, dass die Sitzung ordnungsgemäss einberufen und vorschriftsgemäss publiziert worden ist. Es sind **32** Ratsmitglieder anwesend. Der Rat ist somit beschlussfähig.

Da der Stimmenzähler Markus Truog heute abwesend ist, muss eine Ersatzwahl vorgenommen werden. Als Ersatzstimmenzähler der heutigen GGR-Sitzung wird auf Vorschlag der SVP-Fraktion einstimmig gewählt:

LÜTHY PATRIK (SVP)

Mitteilungen des Ratspräsidenten:

- ① Gemeinderat und Kulturkommission laden die Bevölkerung von Ostermundigen zum Neujahrstrunk 2006 ein. Ab 11.00 Uhr findet hier im Tell-Saal ein Apéro inkl. musikalischer Unterhaltung statt.



- ① Einladung Zentrum Paul Klee; Führung durch die Sammlung und Wechselausstellung „Kein Tag ohne Linie“ vom 23. Februar 2006 durch die Kulturkommission.
- ① Ein Jahreskalender von Erich Blaser zum Eintragen der GGR-Sitzungen wurde verteilt.
- ① Heute Abend spielt noch die Lehrerband „Band nach Acht“ einige 68-er Hits.
- ① Die nächste Sitzung findet gemäss Terminplan am **16. Februar 2006** statt.
- ① Im Anschluss an die heutige Sitzung treffen wir uns im Restaurant Schützenhaus zum traditionellen Racletteessen.

Traktandenliste:

- Traktandum 88: Orientierungen des Gemeinderates entfällt, da keine Themen vorliegen.

Stillschweigend fasst der Grosse Gemeinderat den folgenden

B e s c h l u s s :

Die Traktandenliste wird unter Berücksichtigung der vorerwähnten Ergänzungen genehmigt.

78 P Protokoll-Genehmigungen

Protokoll der 6. Sitzung des GGR vom 27. Oktober 2005; Genehmigung

Egon Julmi (FDP): Im Protokoll ist auf der Seite 265 bei meinem Votum eine Korrektur vorzunehmen. Es muss heissen:
*...meinen besten Dank aussprechen und dies obwohl **bis zum** Sitzungsunterbruch das Tonband nicht in Betrieb war...*

Auf der Seite 272 ist beim Votum von Peter Wegmann ebenfalls noch eine Korrektur vorzunehmen. Es wurde erwähnt:
*...Leider hatten wir recht und die vorliegende Botschaft **belegt** diesen Sachverhalt...*

Ratspräsident: Es liegen keine weiteren Wortbegehren mehr vor. Der GGR fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

Das Protokoll der 6. Sitzung des GGR vom 27. Oktober 2005 wird mit bestem Dank an den Ratssekretär genehmigt.

79 10.611 Parlamentarische Kommissionen (GPK, Büro GGR etc.)

Wahl des Büros des Grossen Gemeinderates für das Jahr 2006

Ratspräsident

Als Präsident des GGR wird auf Vorschlag der SVP-Fraktion einstimmig gewählt:

BLASER ERICH (SVP):

1. Vizepräsident Erich Blaser (SVP) Sehr geehrter Ratspräsident, sehr geehrter Gemeindepräsident, sehr geehrte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, sehr geehrte Ratskolleginnen und Ratskollegen, sehr geehrte Anwesende. Ich danke Ihnen für die Wahl zum GGR-Präsidenten für das Jahr 2006 und für das damit verbundene Vertrauen. Es ist ein Höhepunkt und eine Ehre für jede Gemeindepolitikerin und jeden Gemeindepolitiker, das Amt des GGR-Präsidenten auszuüben und den Rat ein Jahr lang zu führen.

Mit grosser Freude stelle ich fest, dass ihr mich einstimmig in dieses Amt gewählt habt, herzlichen Dank für euer Vertrauen. Ich nehme die Wahl sehr gerne an. Bedanken möchte ich mich beim Grossen Gemeinderat, beim Gemeindepräsidenten, Christian Zahler, bei den Damen und Herren des Gemeinderates, sowie bei Marianne Meyer, Gemeindeschreiberin und Jürg Kumli, Ratssekretär und auch beim Ratsbüro. Ich hoffe auf eine weiterhin gute Zusammenarbeit. Die anfallenden Repräsentationspflichten in diesem Jahr nehme ich gerne wahr.

Keine Angst, ich setze nicht zu einer langen Rede an. Aber was gesagt sein muss, muss gesagt sein. Es geht dabei nicht ausschliesslich darum, die Werbetrommel für mich oder für die SVP zu rühren, sondern um die Pflicht des GGR-Präsidenten, dessen Rat und damit die Ostermündiger Politik zu vertreten.

Einen speziellen Dank an die Kolleginnen und Kollegen des Grossen Gemeinderates und meiner Partei, der SVP. Ohne die Wahl am 27. Januar dieses Jahres zum 1. Vizepräsidenten wäre die Wahl heute zum GGR-Präsidenten nicht erfolgt.

Ich danke ebenfalls dem abtretenden GGR-Präsidenten Bruno Schröter. Er hatte es in diesem Jahr nicht immer einfach. Es gab Sitzungen, die sehr lange dauerten. Auch er durfte in diesem Jahr einen Stichentscheid fällen. Ich wünsche Bruno Schröter persönlich und im Namen des Büros alles Gute und weiterhin viel Befriedigung in der Politik.

Ebenso begrüssen und bedanken möchte ich mich bei den Medienverantwortlichen. Dies in der Hoffnung und Erwartung, dass im Jahr 2006 nur gute Berichterstattungen über das Ostermündiger Parlament zu lesen sein werden.

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 15. Dezember 2005

Liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen, es ist wünschenswert, dass auch im Jahr 2006 ein interessanter, fairer und sachlicher Ratsbetrieb geboten werden kann, und dass weiterhin zahlreich an den Sitzungen teilgenommen wird.

Als GGR-Präsident hat man auch Wünsche an das Parlament. Ein Appell an alle Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, Abteilungsleiterinnen und Abteilungsleiter: Es sollen nur gut vorbereitete Geschäfte vor das Parlament gebracht werden.

Die Gemeindefinanzen befinden sich auf einem kritischen Weg. Wir leben über unseren Verhältnissen. Es wird höchste Zeit, dass wir uns hier im Ratssaal dessen bewusst werden! Unser Ziel muss doch eine ausgeglichene Rechnung sein, deshalb dürfen dem Grossen Gemeinderat keine Geschäfte ausserhalb des Primärbedarfs mehr vorgelegt werden.

Ein Appell an alle Fraktionen: GGR-Mitglieder haben bis ans Ende der Legislatur 2008 einen Wählerauftrag zu erfüllen. Ich erwarte im Parlament gegenseitigen Respekt. Ich werde mit der Unterstützung des Parlaments versuchen, die Sitzungen straff, rationell und ordnungsgemäss zu führen. Ich möchte kurze aber effiziente im Durchschnitt 2,5-stündige Sitzungen leiten.

Die Aufgabe des GGR-Präsidenten ist es, das Parlament reibungslos durch die Sitzungen zu führen und den korrekten Ablauf zu gewährleisten. Wer ein Geschäft vertritt, soll sachlich bleiben und sich kurz halten. Ich würde mir sonst eine Ermahnung erlauben. Wer beleidigende Äusserungen gegen den Rat macht, wird zur Ordnung aufgerufen.

Dass nicht immer alle Personen und Fraktionen gleicher Meinung sind, soll auch so sein. Ich wünsche mir für die Zukunft, dass man wieder kompromissfreudiger wird. Dies mit Einbezug der schwächeren Fraktionen. Ich setzte mich bislang immer für gewerbe- und wirtschaftsfreundliche Lösungen ein und werde dies auch weiterhin tun. Letztendlich bestimmt jedoch nicht der Ratspräsident die Ostermundiger Politik. Diese wird von den 7 Fraktionen im Saal gemacht.

Zum Schluss habe ich noch ein grosses Anliegen an alle Ratskolleginnen und Kollegen. An der GGR-Sitzung im Juni hat das Parlament ganz knapp dem höchstumstrittenen Projektierungskredit „Sanierung und Umgestaltung Bernstrasse West“ zugestimmt. Im Februar 2006 wird die Begleitgruppe „Bernstrasse West“ das Projekt der Tiefbaukommission zur weiteren Begleitung übergeben. Der Zeitplan sieht vor, die Planung im Mai 2006 der Öffentlichkeit zur Mitwirkung zu unterbreiten. Kurz zuvor werden alle betroffenen Geschäftsinhaberinnen und Geschäftsinhaber sowie Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer im Rahmen einer speziellen Veranstaltung (am 8. Mai) über die Planungsresultate informiert.

Ich hoffe doch sehr, dass der Gemeindepräsident und der Gemeinderat zusammen mit der Tiefbaukommission sich den Anliegen der Direktbetroffenen und der Bevölkerung annimmt und nicht einfach über deren Köpfe hinweg entscheidet .

Als dieses Geschäft an der Juni-Sitzung im GGR behandelt wurde, hatte ich den Eindruck, im Parlament herrsche ein politischer Machtkampf zwischen links und

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 15. Dezember 2005

rechts. Das darf in Zukunft nicht mehr passieren, wir müssen doch gemeinsam mit allen Betroffenen eine gute Lösung finden.

Die Schweizer Fussball Nationalmannschaft nimmt 2006 an der WM teil. Das sie dieses Ziel erreichten, haben sie dem Umstand zu verdanken, dass Torwart, Verteidiger, Mittelfeldspieler, linker und rechter Flügel ein Team bildeten und sich an die Weisungen des Trainers hielten. Ich erwarte, dass auch wir eine Mannschaft bilden können, die auf die Stimmen aus der Bevölkerung hört.

Der Gemeinderat von Ostermundigen sollte ein Interesse daran haben, eine Lösung zu finden, welche für alle akzeptabel ist und den Geschäftsinhaberinnen und Geschäftsinhaber (welche heute unter Existenzängsten leiden), eine Zukunft bietet. Ostermundigen braucht einen guten Branchenmix. Es darf doch nicht sein, dass es in Ostermundigen in Zukunft nur noch zwei Einkaufszentren gibt. Auch der grosse Besucheransturm anlässlich des traditionellen Weihnachtsmärts hat bewiesen, dass in Ostermundigen das Bedürfnis nach solchen Anlässen besteht. Wenn wir aber die Pergola bauen, können wir diesen Anlass nicht mehr durchführen.

Im Interesse eines guten Images für Ostermundigen hoffe ich sehr, dass wir gemeinsam diesem Geschäft viel Zeit und Aufmerksamkeit schenken. Solch ein wichtiges Vorhaben muss seriös erarbeitet werden.

Ratspräsident: Besten Dank für die Ausführungen. Nehmen wir die Fortsetzung der Wahlen wieder in Angriff.

1. Vizepräsidentin

Als 1. Vizepräsidentin des GGR wird auf Vorschlag der SP-Fraktion einstimmig gewählt:

NEUENSCHWANDER MARIANNE (SP)

2. Vizepräsident

Als 2. Vizepräsident des GGR wird auf Vorschlag der FDP-Fraktion einstimmig gewählt:

WEGMANN PETER (FDP)

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 15. Dezember 2005

Zwei Stimmzählende

Als Stimmzählerin des GGR (anstelle von Theo Lutz) wird auf Vorschlag der SP-Fraktion einstimmig gewählt:

BAUMANN MARIA ANNA (SP)

Als Stimmzähler des GGR wird auf Vorschlag der SVP-Fraktion einstimmig gewählt:

TRUOG MARKUS (SVP)

Ratspräsident:Ich gratuliere allen ins Ratsbüro Gewählten ganz herzlich zu ihrer Wahl.

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 15. Dezember 2005

80 10.611 Parlamentarische Kommissionen (GPK, Büro GGR etc.)

Geschäftsprüfungskommission des Grossen Gemeinderates (GPK); Wahl Präsidium und Vizepräsidium für das Jahr 2006

Auf Vorschlag der FDP-Fraktion fasst der GGR einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

Für das Jahr 2006 wird als Präsident der GPK gewählt:

J U L M I E G O N (F D P)

Auf Vorschlag der SVP-Fraktion fasst der GGR einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

Für das Jahr 2006 wird als Vizepräsident der GPK gewählt:

H I R S I G E R E R N S T (S V P)

81 10.432 Legislaturziele/Bevölkerungsbefragung

Legislaturziele 2005 bis 2008; Kenntnisnahme

Hans-Rudolf Hausammann (SVP) tritt um 16.55 Uhr der Sitzung bei und somit sind 33 Ratsmitglieder anwesend.

Ratspräsident: Ich weise den Rat darauf hin, dass beim vorliegenden Geschäft keine Änderungsanträge zugelassen sind, da es sich hier lediglich um eine Kenntnisnahme seitens des GGR handelt.

Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

Franz Kälin (CVP): Die CVP-Fraktion begrüsst die vorliegenden Legislaturziele, insbesondere da sie nun thema- und nicht mehr abteilungsbezogen sind. Es besteht nun die Möglichkeit, einen ganzheitlichen Ansatz zu erhalten und diesen auf die Wohnbevölkerung, die Attraktivierung der Gemeinde und die Bevölkerungsentwicklung zu fokussieren. Theorie und Ziele nützen wenig, wenn in der Praxis nicht so agiert wird. Die Ziele müssen in der Bevölkerung breit abgestützt sein und eine gute Information wird vorausgesetzt. Die Ziele werden gegenüber der letzten Legislaturperiode allgemeiner gehalten. Gemäss GPK-Protokoll werden die Legislaturziele auf die nächsten drei Jahre hinunter gebrochen.

Die CVP vermisst eine klare Aussage in Bezug auf die Raumentwicklung. Die Anreizmodelle und -konzepte wurden erwähnt. Dabei handelt es sich aber um passive Instrumente. Wir wollen lieber ein aktives Standortmarketing, damit die eingangs erwähnten Ziele (Bevölkerungsentwicklung) erreicht werden können.

Regula Unteregger (SP): Die SP-Fraktion dankt dem Gemeinderat für die Legislaturziele. Hier handelt es sich um ein gutes strategisches Argumentarium und die Zielsetzungen für die nächsten vier Jahre. Wir finden die Legislaturziele umfassend und gut gegliedert nach Zielsetzungen, Handlungskonzept und Messgrössen.

Zu dem Ziel „Integration“ möchte ich noch erwähnen, dass die Messgrösse hier ein Integrationskonzept ist. Die SP-Fraktion geht davon aus, dass auf die in diesem Jahr überwiesene, überparteiliche Motion „Einführung einer Arbeitsgruppe mit paritätischer Beteiligung der politischen Parteien zur Erstellung eines Integrationsleitbilds/ Handlungskonzepts für Migrantinnen und Migranten“ zurück gegriffen wird.

Philippe Gerber (EVP): Die EVP-Fraktion begrüsst grundsätzlich die Art und Weise, wie die Legislaturziele präsentiert werden. Obwohl ich von der EVP bin, fehlt mir manchmal ein wenig der Glaube, dass der Gemeinderat seine Visionen für Oster-

mundigen wirklich vorantreiben will. Gewisse Legislaturziele scheinen nicht herausfordernd zu sein. Es fehlen einige höhere Zielsetzungen.

Aliki Maria Panayides (SVP): Die SVP-Fraktion hat die Legislaturziele des Gemeinderates mit Interesse studiert. Der originelle Ausdruck „rollende Konzepte“ - besser wäre wohl „rollende Planung“ - führte zu einigem Schmunzeln. Andererseits fehlt die Prioritätensetzung, was auch zu fehlenden Einnahmen in die Gemeindekasse führen wird. Wir haben uns gefragt, wie all die Wünsche finanziert werden sollen, wenn gleichzeitig eine ausgeglichene Rechnung angestrebt wird. In der Vorweihnachtszeit ist träumen natürlich erlaubt. Die Aufgabe des Gemeinderates liegt darin, die Visionen so zu entwickeln, dass sie auf einer soliden finanziellen Basis stehen. Dazu gehört eine klare Prioritätensetzung und eine Konzentration auf die vordringlichsten Ziele.

Aus der Sicht der SVP steht für die jetzige Legislatur die Verbesserung der Finanzsituation klar im Vordergrund. D. h. kurzfristig ist eine Verzichtsplannung zur Schonung der Kasse notwendig. Der Wunschbedarf hat klar keine Priorität. Gleichzeitig sind die Voraussetzungen für Neubauten und Sanierungen rasch zu schaffen, damit die guten Steuerzahlenden mit attraktivem Wohnraum bedient werden können. Die Ziele sind hier hoch zu stecken. Es geht nicht darum, die Bevölkerungszahl à tout-prix zu steigern und die bestehende Infrastruktur zu füllen. Es geht darum, gute Steuerzahlende anzulocken und die Steuern zu senken. Das würde bedeuten, dass auch Firmen nach Ostermundigen ziehen und somit neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Dieser Umstand könnte neben anderen Massnahmen dazu führen, dass die Anzahl Arbeitslose und Sozialempfangende in Ostermundigen sinkt.

Die SVP-Fraktion nimmt die Legislaturplanung zähneknirschend zur Kenntnis. Auch mit dem Versuch, die Legislaturplanung von der Balance Scorecard (BSC) zu erstellen, bleibt die Planung eine Absichtserklärung ohne Beschlusskraft. D. h. mit dem vorliegenden Papier können keine Entscheide des Gemeinderates präjudiziert werden. Es wird an uns Ratsmitgliedern liegen, wohin die Gemeinde in Zukunft steuert. Die SVP-Fraktion wird alles daran setzen, dass Ostermundigen eine attraktive, gut erschlossene und sichere Wohngemeinde für gute Steuerzahlende wird.

Lucia Müller (SVP) tritt um 17.00 Uhr der Sitzung bei. Es sind 34 Ratsmitglieder anwesend.

Heinz Gfeller (FDP): Ich trete hier als Einzelsprecher auf. Ich erachte die Legislaturziele als wesentliches Führungsinstrument des Gemeinderates. Ich unterstütze die vorliegenden Legislaturziele. Beim Kommentar beziehe ich mich auf den Katalog A4-quer:

Seite 2: Attraktiver Wohnraum



Messgrösse: Realisierte und sanierte Wohnungen. Welchen Einfluss hat hier die Gemeinde?

Seite 3: Bevölkerungsentwicklung

- ☞ Visionen: Durchmischung der Bevölkerungsschichten. Zunahme der Bevölkerung mit steuerbarem Einkommen grösser als Fr. 50'000.--. Das ist ein lebenswichtiges Ziel für unsere Gemeinde. Welche Massnahmen sieht hier der Gemeinderat konkret vor?

Seite 7: Finanzen

- ☞ Ziele: Steueranlage stabilisieren und mittelfristig reduzieren. Ich gehe davon aus, dass hier Zielkonflikte bestehen. Wie können gute Steuerzahlende nach Ostermundigen bewegt werden?

Seite 8: Behördenstruktur

- ☺ Ziele: Es freut mich, dass die Gemeinde bis ins Jahr 2008 geeignete Führungs- und Controllinginstrumente im Einsatz haben wird.

Seite 9: Service Public

- ☞ Hier sollen nur Werte aus der Bevölkerungsumfrage eingesetzt werden. Die Zielsetzung kann hinterfragt werden. Wieso wird kein Dienst mit optimalem Kosten-/Nutzenverhältnis für die Einwohnenden angeboten? Sekundär ist, wer sie anbietet. Primär ist ein sichergestelltes Angebot zu guten Preisen gefragt.

Grundsätzlich möchte ich noch erwähnen, dass der Dialog mit dem Zielkatalog etwas ganz wesentliches darstellt. Ich lade den GGR ein, auf jede Eingabe Bezug zur Zielsetzung zu nehmen und das natürlich ohne jedes Präjudiz. Ein roter Faden durch die Legislatur entsteht dann, wenn man sich immer wieder neu mit der Gesamtzielsetzung auseinandersetzt.

Michael Meienhofer (FORUM): Auch die FORUM-Fraktion begrüsst die vorliegenden Legislaturziele, welche zum Teil sehr umfassend und wegweisend für die nächste Zeit sind. Trotzdem habe ich noch einige Fragen:

Seite 2: Wohlbefinden der Bevölkerung

- ☞ Aus unserer Sicht hätten auch klare Einzelfragen gestellt werden müssen, nämlich zu den Themen Lärm, Luft, Schulen, Steuern, Vereinsleben, öffentlicher Verkehr, Informationen etc.

Seite 2: Attraktivität der Gemeinde

- ☞ Messgrössen: Bevölkerungsstatistik - was heisst Ausländeranteil stabil? Dieser sollte eigentlich abnehmend sein. Die Zunahme (in absoluten Zahlen) sollte prozentual erfolgen.

Seite 4: Integration

- ✎ Vorgaben bis 2008: Wieso werden nicht alle Zuziehenden angesprochen? Eine Infoveranstaltung von 10 % beurteilen wir grundsätzlich als zu wenig.

Seite 5: Umwelt und Verkehr

- ✎ Messgrössen: Die Energiestadt Ostermundigen sollte Anreizmodelle aus der Energievision Mösli einbringen. Die Gemeinde sollte aktiv mithelfen, dies zu realisieren. Welche Vorhaben sind beim Langsamverkehr vorgesehen?

Seite 6: Information

- ✎ Messgrössen: wie werden wir wahrgenommen?

Seite 7: Finanzen

- ✎ Messgrössen Steueranlage: Hier sind Entwicklungsvergleiche mit anderen Gemeinden notwendig.
- ✎ Visionen ausgeglichene Rechnung: In unserem politischen Vorstoss (siehe Protokoll vom 27.10.2005 - Seite 268) wurden Eingaben zum Budget vorgeschlagen.

Gemeindepräsident Christian Zahler (SP): Besten Dank für die Voten und die mehrheitliche Unterstützung des Geschäftes. Die Legislaturziele sollen als Führungsinstrument dienen. Das ist ein wichtiger Schritt. Der Gemeinderat ist gewillt, mit den Legislaturzielen zu arbeiten. Eine periodische Überprüfung ist sinnvoll und deshalb wurden auch die Messgrössen und Kennzahlen definiert. Relativ viele Vorgaben können im Verlauf der Legislatur erfasst werden. Eine laufende Erfassung ist wichtig.

„Wir wollen den Tag nicht vor dem Abend loben.“ Die Legislaturziele müssen sich als Führungsinstrument bewähren. Wir haben einen guten Ansatz geschaffen. Zu den verschiedenen Voten kann ich wie folgt Stellung nehmen:

Standortmarketing (Votum Franz Kälin)

- ① Auf Seite 6 wird unter dem Stichwort „Information“ ein Ortsmarketing festgehalten. Dieser Punkt wird also in den Legislaturzielen berücksichtigt.

Überwiesene Motion (Votum Regula Unteregger)

- ① Die Motion gilt nach wie vor als überwiesen. Wir werden sie auch umsetzen. Die Motion wurde nicht vergessen.

Zielsetzung (Votenvergleich zwischen Philippe Gerber und Alike Maria Panayides)

- ① Philippe hat das Gefühl, dass die Ziele zu wenig hoch gesetzt wurden und Alike hat das Gefühl, der Gemeinderat sei zu weit gegangen. In diesem Fall liegen wir

in der Mitte und damit richtig. Der Gemeinderat muss zuerst gewisse Erfahrungen sammeln.

Attraktiver Wohnraum (Votum Heinz Gfeller)

- ① Es wird nicht einfach sein, die Sanierungen von Wohnungen zu unterstützen. Aber vielleicht können gewisse Anreizmodelle geschaffen werden. Zum Beispiel wenn Minergie eingesetzt wird, kann eine gewisse Aufstockung der Liegenschaft vorgenommen werden. Diese Modelle werden im Zusammenhang mit der Ortsplanungsrevision geprüft. Die Entwicklung der sanierten Wohnungen und die Erstellung von neuen Wohnungen ist mit Bestimmtheit wichtig.

Ansprechung von guten Steuerzahlenden (Votum Heinz Gfeller)

- ① Mit den voranzutreibenden Einzonungen soll entsprechender Wohnungsbau ermöglicht werden. Hier entsteht relativ teurer Wohnraum und die Leute, die sich diesen leisten können, gehören in die Kategorie der „guten Steuerzahlenden.“ In der Interpellation von Walter Bruderer (siehe Geschäft Nr. 87) kommen wir auf dieses Thema zurück.

Service public (Votum Heinz Gfeller)

- ① Es ist richtig, dass hier noch nicht allzu viel Substanz vorhanden ist. Wir haben im Gemeinderat darüber diskutiert, ob mehr vorgegeben werden sollte oder nicht. Doch solange die Kosten-/Leistungsrechnung in der Gemeinde nicht eingeführt ist, kann keine entsprechende Erfassung vorgenommen werden. Anlässlich der Behörden- und Verwaltungsreform (siehe Geschäft Nr. 82) soll dieses Instrument eingesetzt werden. Ich finde es gut, den Dialog mit diesem Instrument zu suchen.

Infoveranstaltung (Votum Michael Meienhofer)

- ① Bis heute haben wir es nicht erreicht, 10 % der Neuzuziehenden an die Infoveranstaltung zu locken. Von ungefähr 1'000 Neuzuziehenden besuchen zwischen 70 und 80 Personen die Infoveranstaltung. Es ist nicht einfach, auf 120 und mehr Personen zu kommen. Dieses Ziel können wir uns vornehmen, wenn die 10 %-Marke erreicht worden ist.

Energiekonzept Mösli (Votum Michael Meienhofer)

- ① Dieses wurde nicht explizit aufgenommen. Hier wurden Ziele und nicht Massnahmen formuliert. Ein Energiekonzept ist eine bereits zu prüfende Massnahme. Das gleiche gilt auch für den Langsamverkehr. Hier handelt es sich nicht um eine „versteckte Aussage“ betreffend Bernstrasse.

Ich glaube, zu den meisten Fragen und Hinweisen eine Stellungnahme abgegeben zu haben.

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 15. Dezember 2005

Aus der Ratsmitte liegen keine Wortbegehren mehr vor. Der Grosse Gemeinderat fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

Von den Legislaturzielen 2005 bis 2008 wird Kenntnis genommen.

82	10.373	Postulate
	10.400	Allgemeines
	10.928	Verwaltungsorganisation/Organisationsstrukturen

Behörden- und Verwaltungsreform; Schlussbericht der Projektgruppe zum Vorprojekt - Genehmigung Inhalt des Hauptprojektes

Ratspräsident: Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission ist das Geschäft behandlungsfähig und zulässig.

Christoph Künti (SVP): Im Vorfeld zur heutigen Sitzung hat die SVP-Fraktion offen gegenüber den Projektgruppenmitgliedern und Fraktionen informiert, welches unsere Gedanken zu diesem Geschäft sind. Wir danken an dieser Stelle für die eingegangenen Feedbacks. Wir stellen den folgenden **Rückweisungsantrag:**

Das vorliegende Geschäft wird mit folgenden Aufträgen zur Überarbeitung zurückgewiesen:

1. *Der Gemeinderat wird beauftragt die Projektgruppe wieder einzusetzen und die Varianten 1/4 (1H/4N) und 1/6 (1H/6N) auf folgende Punkte hin zu prüfen:*
 - a. *Kosten- und Nutzenanalyse*
 - b. *Mögliche Zusammenlegung der Departemente, allfällige Synergien, das Führungsprinzip etc.*
 - c. *Arbeitsauslastung der einzelnen Gemeinderatsmitglieder*
 - d. *Wahlverfahren der Gemeinderatsmitglieder*
2. *Auf die Verkleinerung des Grossen Gemeinderates wird für die Legislatur 2009 bis 2012 verzichtet.*
3. *Zu Händen der GGR-Sitzung vom 29.06.2006 sind die Resultate der Aufträge unter Punkt 1 dem GGR zur Genehmigung vorzulegen.*

Begründung

Die vom Gemeinderat getroffenen Entscheide, welche aus der Botschaft zu entnehmen sind, sind aus dem Schlussbericht der Projektgruppe nicht abzuleiten und sind zuwenig erhärtet worden. Die Projektgruppe schlägt vor, in einer weiteren Phase eine Erhärtung durchzuführen.

Die Verkleinerung des Gemeinderates wie auch die Verkleinerung des Grossen Gemeinderates werden dem Parlament ohne vertiefende Erkenntnisse und ohne fundierte Kosten-/Nutzenanalyse unterbreitet. Wir wissen heute nicht, ob wir eine Retourkutsche in Form einer grossen „Verwaltungsnachrüstung“ serviert bekommen. Es ist aus unserer Sicht nicht seriös, eine Gemeinderatsverkleinerung durchzuführen, nur weil das umliegende Gemeinden zurzeit auch tun und dies momentan Mode ist. Die Führungscrowd hat hier ganz sorgfältig vorzugehen und es muss für jede Seite -

für das Verwaltungspersonal und die politische Seite - eine Win/Win-Situation geschaffen werden.

Aus dem Schlussbericht der Projektgruppe geht klar hervor, dass die Verkleinerung des Gemeinderats angestrebt wird, jedoch in einer weiteren Phase das richtige Modell noch geprüft und erhärtet werden muss. Aus Sicht der SVP sind die Modelle 1/6 (1H/6N) und 1/4 (1H/4N) näher zu betrachten.

Ein weiterer Punkt der Botschaft ist das Wahlverfahren des Gemeinderates. Da muss die Projektgruppe ebenfalls konkretere Abklärungen treffen. Der Minderheitenschutz muss nach übergeordnetem Recht klar gesichert sein.

Wie aus der Botschaft entnommen werden kann, sollen die ständigen Kommissionen ebenfalls reduziert werden. Dagegen sollen die Geschäfte durch parlamentarische Kommissionen geprüft werden. Kann der verkleinerte GGR dann diese Aufgaben noch wahrnehmen? Erst nach eingehender Überprüfung dieser Idee kann über eine Verkleinerung des GGR entschieden werden.

Die vorliegende Botschaft erweckt den Eindruck, dass der Gemeinderat aus zeitlichen Gründen einen Bauchentscheid getroffen hat. Die SVP-Fraktion ist der Meinung, dass in Anbetracht der gewichtigen Entscheidungen die in diesem Geschäft getroffen werden müssen, der zeitliche Horizont zur Realisierung erweitert werden muss. Eine in allen Belangen sauber abgeklärte Umsetzung der Behörden- und Verwaltungsreform ist für die Gemeinde Ostermundigen nützlicher als die Umsetzung auf die nächste Legislatur. Die SVP-Fraktion ist auch mit einer Umsetzung auf die Legislatur 2013 bis 2016 einverstanden.

Wir gehen im Moment jedoch davon aus, dass unsere Aufträge an den Gemeinderat mit den vorgegebenen Fristen immer noch eine Umsetzung des Projektes auf die nächste Legislatur hin ermöglichen. Dies ist im übrigen auch die Meinung der Projektgruppe, welche eine Variantenprüfung bis Mitte 2006 vorgeschlagen hat.

Ich bitte den Rat, unseren Rückweisungsantrag zu unterstützen.

Norbert Riesen (SP): Ich habe vorgängig noch eine Frage, welche sich beim Durchlesen des GPK-Protokolls gestellt hat. Im Protokoll steht unter dem Titel „Weiteres Vorgehen (Seite 98):“ *Jetzt ist ein politischer Entscheid notwendig.* Diese Aussage ist klar. Im nächsten Abschnitt steht: *Bei diesem Geschäft besteht absolut kein Zeitdruck. Eine Reform ist auch erst im Jahre 2013 möglich.* Ist das wirklich die Meinung der Geschäftsprüfungskommission und wie wird diese begründet?

GPK-Präsident Philippe Gerber (EVP): Die GPK hat das Geschäft geprüft und darüber diskutiert. Dabei ist es oftmals schwierig, die Geschäftsprüfung und die politische Meinung/Diskussion von einander zu trennen. Sämtliche GPK-Mitglieder waren der Meinung, dass bei diesem Geschäft kein absoluter Zeitdruck besteht. Vor allem mit dem Zeitpunkt der Abschreibung des Postulates „Rolf Rickenbach (FDP) und

Mitunterzeichnende betreffend Verkleinerung des Gemeinderates auf 7, 5 oder 3 Personen“ war man sich zuerst uneinig.

Norbert Riesen (SP): Ich stelle fest, dass die GPK eine politische Diskussion geführt hat. „Politisch“ ist aus der Sicht der SP-Fraktion ein gewisser Zeitdruck vorhanden. Es kann nicht die Haltung sein, wenn das Ziel eine ausgeglichene Rechnung sein soll und der Dauerauftrag der Behörde stetig zu verbessern und zu optimieren ist, diesem mit Verzögerungen entgegen zu treten. Diese Daueraufgabe (nicht nur im Interesse der Bevölkerung) muss stets optimiert werden. Aus diesem Grund ist die Aussage „wir haben keinen Zeitdruck“ politisch nicht haltbar.

Zwei Jahre vor den Wahlen haben wir diskutiert, das Geschäft schon auf das Jahr 2004 einzuführen. Die Stadt Bern hat diese Übung auf Volkesdruck durchgezogen. Wir wählten den Weg der Zusammenarbeit. In den fünf Jahren seit der Lancierung der Motion ist genügend Zeit für die Einführung der Reform vorhanden. Ich sehe auch nicht ein, wie soviel falsch an die Hand genommen werden konnte. Es wurde gearbeitet, manchmal wurde kritisiert und diskutiert, das Geschäft hätte ein wenig schneller vorangetrieben werden können etc.. Wenn nun jemand behauptet, hier sei nichts gemacht worden, dann hat er passiv an den Sitzungen teilgenommen oder die Hausaufgaben nicht erledigt. Für mich ist es ein Faux-pas den Personen gegenüber, welche die Vorlage erarbeitet haben.

Wir sind der Auffassung, dass an der Einführung der Behörden- und Verwaltungsreform per 1.1.2009 festhalten werden muss. Nach dem Lesen des GPK-Protokolls habe ich Rücksprache mit dem Gemeindepräsidenten genommen und der hat mir bestätigt, dass der Fahrplan eingehalten wird und dass die Revision der Gemeindeordnung bis im Herbst 2006 erarbeitet werden muss. Die Umsetzung der Behörden- und Verwaltungsreform per 1.1.2009 ist unser oberstes Ziel.

Mit der vorliegenden Variante von 5 Gemeinderatsmitgliedern können wir leben. Aus unserer Sicht ist auch die Variante von 7 Gemeinderatsmitgliedern parallel zu prüfen.

Zu den einzelnen Fragen, welche dem Beschlusstext entnommen werden können, haben wir in der SP-Fraktion eingehend diskutiert. Wir haben die Beschlussespunkte ein wenig in einer anderen Reihenfolge diskutiert.

Ziffer 1. c)

- ① Zuerst haben wir über das „Herzstück“ (= Koppelung der Exekutiv- mit den Verwaltungseinheiten) diskutiert. Jede Verwaltungseinheit (ob 5 oder 7) entspricht der Anzahl Exekutivmitgliedern.
- ① Wir sind der Auffassung, dass die Variante 5 gegenüber 7 überwiegt. Mit 5 Abteilungen können die Schnittstellen und somit auch der Koordinationsaufwand reduziert werden.

Ziffer 1. a)

- ① Die Frage der Wahlform (Majorz- oder Proporzverfahren) ist sachlogisch und unabhängig der Grösse durch die Exekutive zu beantworten. Diese Frage hat keinerlei Auswirkungen auf die Verwaltung. Hier handelt es sich ausschliesslich um eine politische Frage. Der Minderheitenschutz ist erstaunlich und kann als „legale“ Form einbezogen werden. Wir können die Überlegungen des Gemeinderates nachvollziehen, sind aber der Meinung, dass dieser Punkt dem GGR als „Einzelfrage“ zu stellen ist. Das Wahlverfahren hat nicht direkt mit der Behörden- und Verwaltungsreform zu tun. Es darf nicht sein, dass am Schluss das ganze Geschäft an dieser Frage scheitert.

Ziffer 1. b)

- ① Ich möchte der SVP für die Übermittlung ihrer Haltung zu diesem Punkt danken. Aus unserer Sicht ist es verfrüht, heute über die Reduktion des GGR zu entscheiden. In diesem Zusammenhang ist zuerst die Frage der ständigen bzw. der parlamentarischen Kommissionen zu regeln. Wenn parlamentarische Kommissionen zum Zuge kommen, sollte die Anzahl GGR-Mitglieder grösser sein, um anschliessend GGR-Mitglieder in die parlamentarischen Kommissionen delegieren zu können. Diese Frage ist nicht „kriegsentscheidend“ und muss nicht heute beantwortet werden. Wir von der SP-Fraktion könnten mit einer GGR-Verkleinerung leben.

Ziffer 1. d)

- ① Wir befürworten die Anpassung der ständigen Kommissionen. Es macht keinen Sinn, Kommissionen zu führen, welche nicht viel zu sagen haben.

Ziffer 1. e)

- ① Dieser Punkt ist eine logische Folge der vorgängigen Punkte. Wir wollen, dass das Personal nach wie vor gute Arbeitsbedingungen hat. Die Personalgesetzgebung ist entsprechend anzupassen. Wenn diese überprüft wird, könnte auch die Variante GAV (Gesamtarbeitsvertrag) geprüft werden.

Ziffer 2. - Zielsetzung

- ① Dieser Punkt ist für uns sakrosankt¹. Wir können einer Änderung der Einführung per 1.1.2009 nicht zustimmen. Ich habe aus den vorangehenden Voten nicht heraus gespürt, dass dieses Geschäft auf die „lange Bank“ geschoben werden soll. Ich warte gespannt auf die Ausführungen der anderen Parteien.

Ziffer 3. - Postulatabschreibung

- ① Die Abschreibung kann der Initiant selber beurteilen. Wenn der Fahrplan klar ist, können wir eine Abschreibung unterstützen.

¹ DUDEN: unverletzlich

Ich möchte den Rat bitten, zumindest an den Kernpunkten und „Herzstücken“ (Datum der Reform, Koppelung der Verwaltungseinheiten mit Exekutive, klarer Fahrplan, 5 allenfalls 7 Gemeinderatsmitglieder) festzuhalten. Wenn etwas geändert werden soll, so ist nicht die Form der Rückweisung, sondern ein Änderungsantrag das richtige Instrument.

Philippe Gerber (EVP): Die EVP-Fraktion war bei diesem Thema bereits bei der Abstimmung des Postulates sehr kritisch. Wir unterstützen den Rückweisungsantrag der SVP-Fraktion vollumfänglich. Viele Vorgaben, welche als Basis benötigt werden, liegen bei diesem Geschäft noch nicht vor. Für uns ist nicht nur der Vergleich der Anzahl Gemeinderatsmitglieder wichtig, sondern dass auch noch der Vergleich mit heute (9 Mitglieder) vollzogen wird. Wir haben das Gefühl, dass hier reformiert werden soll, da es so schön tönt und heute einfach in allen Gemeinden „zur Mode“ wurde. Es gibt sicher beim „top down“² viele Fragen über den Sinn der Gemeindepolitik zu beantworten. Sollte der Gemeinderat so klein wie möglich oder so breit wie möglich abgestützt sein?

Peter Wegmann (FDP): Die Politik und ein Fussballspiel kennen oftmals ähnliche Szenarien. Niemand will verlieren: Es wird abgetastet, taktiert und plötzlich passiert ein öffnender Vorstoss. Auch beim vorliegenden Geschäft wird endlich ein öffnender Steilpass mit Mut und Bereitschaft zur Führungsverantwortung gespielt. Ich hoffe aber, dass es nicht wie im Fussball mit einem Desaster in den Katakomben endet!

Ostermundigen will und muss wachsen; das entspricht der Absicht von uns allen. Dazu gehören auch Ressourcen und Reformen im Behörden- und Verwaltungsbereich zur Pflicht. Den wachsenden Aufgaben ist bedarfsgerecht, fit und vor allem und insbesondere mit verbesserter Effizienz zu begegnen. Das vorliegende Projekt richtet sich nach diesen Bedürfnissen und definiert klare Zielvorgaben sowohl bezüglich den Strukturen wie auch den Umsetzungsterminen. Ich kann die Bemerkung der GPK, dass absolut kein Zeitdruck besteht, nicht nachvollziehen. Ein möglichst rasches Wachstum unserer Gemeinde wird angestrebt. Folglich muss das auch für das vorliegende Geschäft gelten. Ausserdem steht es der GPK nur bedingt zu, über Terminvorgaben zu urteilen. Im vorliegenden Geschäft liegt klar kein Zwangsbedarf vor. Sicher kann über vereinzelte Punkte in der Botschaft diskutiert werden: ob 5 oder 7 Gemeinderatsmitglieder, ob Majorz- oder Proporzahlen, wie viele Hauptämter bei der Exekutive, GGR mit 30 oder 40 Mitgliedern, über die Organisationsstruktur usw..

Es gilt jetzt, die Zielrichtungen mit einem politischen und sachlichen Entscheid zu fällen. Gefragt sind Verstand, Vertrauen und die Bereitschaft zur föderativen Entwicklung und auch das Kostenbewusstsein. Nur mit einer solchen Grundhaltung und Mut ist es möglich, dieses Geschäft vorwärts zu treiben und schlussendlich auch erfolgreich zu sein. Eine Rückweisung würde Entwicklungsstillstand und einmal mehr eine

² gemäss LEO-Wörterbuch: von oben nach unten

unnütze Kostenverschleuderung bedeuten. Diesen Umstand können wir uns nicht leisten.

Bald sind es drei Jahre her, seit wir uns mit dieser Reform befassen. Bislang ohne jegliche Entscheidungen und Zielerreichungen. Der Entwicklungsstandort Ostermündigen lässt grüssen! In diesem Sinn unterstützt die FDP-Fraktion als Urheberin den vorliegenden GR-Beschluss. Tendenziell befürworten wir 2 Haupt- und 3 Nebenämter und einen GGR von 40 Mitgliedern. Wir sind gespannt auf den weiteren Verlauf des vorliegenden Geschäftes.

Eduard Rippstein (CVP): Die CVP-Fraktion unterstützt den Rückweisungsantrag der SVP ganz klar. Als ich den Schlussbericht als Mitglied der Projektgruppe gelesen habe, bin ich mir schon hintergangen und nicht verstanden vorgekommen. Wir sind etliche Abende zusammen gekommen und haben über die Gemeindeziele diskutiert. Am Schluss musste in einem schnellen Verfahren über die Behörden- und Verwaltungsreform diskutiert werden. Die klaren Aussagen der Arbeitsgruppe wurden im Schlussbericht ignoriert.

Was ebenso fehlt ist, dass bis heute noch keine Gemeinde Aussagen bezüglich Kosten-/Nutzenverhältnis einer durchgeführten Verkleinerung getätigt hat. Das wären die wichtigsten Fragen: Welchen Nutzen ziehen wir aus einer Verkleinerung, bevor wir uns an ein solches Experiment wagen.

Es gibt eine ganz einfache Methode, um die Schnittstellen zu reduzieren. Der Bau eines Verwaltungszentrums würde vieles vereinfachen und ist einer Behörden- und Verwaltungsreform vorzuziehen.

Michael Meienhofer (FORUM): Auch in der FORUM-Fraktion wurde das Geschäft durchleuchtet. Für uns hat es zum Teil noch etwas „wenig Fleisch am Knochen“. Der Gemeinderat hätte für alle klare und für alle verständliche, identische Ziele für die Bewertung und Gewichtung in einer Tabelle erfassen können. Die positiven, negativen und neutralen Folgen einer Gemeinderatsverkleinerung auf 5 resp. 7 Mitgliedern müssen noch detaillierter aufgezeigt werden. Keine Gemeinde steht hier als Referenzobjekt vor.

Die anvisierte Rolle und das Zusammenspiel zwischen Volk und Exekutive, Verwaltung und Parteien sind grundsätzlich darzulegen und zu bewerten. Welche parlamentarischen Kommissionen werden gebildet? Das Aufzeigen von grundsätzlichen Konsequenzen für die Führungsebene der Verwaltung und des Gemeinderates muss im Interesse der Bevölkerung auch politisch wirken können. Denn auch im Majorz gewählte Gemeinderatsmitglieder sollen bestätigt oder abgewählt werden können. Wir unterstützen den Rückweisungsantrag mit dem Auftrag an die bisherige Arbeitsgruppe, die fehlenden Sachen optimal zu ergänzen. Das Geschäft ist bis am 30. Juni 2006 zu erledigen, damit der Fahrplan eingehalten werden kann.

Zur Verkleinerung des Parlaments sei noch erwähnt, dass die Repräsentanten der Bevölkerung hier im Rat vertreten sind. Bei 30 Mitgliedern ist das Risiko gross, dass ein bis zwei Fraktionen nicht mehr im Rat vertreten sein werden. Dazu darf man nicht vergessen, dass bei weniger Mitgliedern, der Aufwand pro Kopf grösser wird. Falls parlamentarische Kommissionen gebildet werden sollen, braucht es ebenfalls genügend ParlamentarierInnen, die dort Einsitz nehmen werden. Eine Parlamentsverkleinerung war bis heute noch nie Thema und ist auch nicht Bestandteil des parlamentarischen Vorstosses.

Christoph Künti (SVP): Zum Votum von Peter Wegmann möchte ich noch anmerken, dass mit einer solchen Tempoverschärfung die Gefahr besteht, dass der Ball in die falsche Richtung gespielt wird und zu einem Eigentor führen kann.

Das Votum von Norbert Riesen trifft die Punkte gut. Gemäss Aussage der Projektgruppe sind wir für die Einführung per 2009 noch im Fahrplan. Diese Aussage kann ich als Projektgruppenmitglied sowie als Mitglied der SVP-Fraktion unterstützen. Das „Herzstück“ oder Ressortprinzip lässt noch ein paar Unterformen offen und wir sind der Meinung, dass diese noch geprüft werden müssen. Es gibt auch ein Ressortprinzip in Form einer Matrixlösung. Wenn wir in Unkenntnis der verschiedenen möglichen Formen bereits heute dem Ressortprinzip zustimmen, sind wir vielleicht zu voreilig.

Norbert Riesen (SP): Schlussendlich wollen wir den Worten auch Taten folgen lassen. Zur Führung ist zu erwähnen, dass diese mit der Verantwortung gekoppelt ist. Die Exekutive hat hier Führungsverantwortung wahrgenommen. Die Parteien konnten ihre Anregungen in den letzten drei Jahren stets einbringen.

Zum Begriff „Führung“ möchte ich noch folgendes anmerken. Ich selber durfte an einigen Veranstaltungen mit vielen, guten und motivierten Mitarbeitenden der Gemeinde teilnehmen. Die Mitarbeitenden haben punktiert und haben grossmehrheitlich einer Veränderung zugestimmt. Ihr Anliegen ist es, dass sie sich ständig verbessern können. Wenn das Geschäft nun auf die „lange Bank“ oder allgemeine Unverbindlichkeit geschoben wird, werden die motivierten und etwas bewegen wollenden Mitarbeitenden enttäuscht und gebremst. Gleichzeitig werden die untätigen „Domino-spielenden“ belohnt. Das kann doch nicht die Politik einer Partei sein, welche sich gewerbefreundlich und führungsstark bezeichnet.

Regula Unteregger (SP): Ich folge erstaunt der Debatte. Ich arbeite auch in einer Verwaltung. In der Privatwirtschaft gehört das Thema „Verbesserung und Optimierung“ zum täglichen Business. Dieser Grundsatz gilt auch für uns in der Verwaltung Arbeitenden. Aus meiner Sicht ist der vorgelegte Schlussbericht überzeugend. Ich bin nicht in der Projektgruppe tätig. Mir sind aber die offenen Fragen bekannt. Zuerst wurde das Ziel der Behörden- und Verwaltungsreform festgelegt. Das Ziel ist eine schlanke Gemeindestruktur, ein geeignetes Instrumentarium für eine gute Führung und eine gute strategische Steuerung, eine klare Rollenteilung zwischen Exekutive, Verwaltung und Legislative. Ein Ziel war auch, ein fortschrittlicher Arbeitgeber zu

bleiben. Punkto Dienstleistungen wurde erwähnt, dass diese in Bezug auf die Menge, Qualität und Kosten hin überprüft werden und damit verbunden die Einführung einer Kosten-/Leistungsrechnung. Wenn der Gemeinderat mit dem Argumentarium die Mitgliederzahl von heute 9 auf 5 Mitglieder zu verkleinern, vorstellig wird, ist das für mich kein „Akt aus dem Tierbuch“ und deshalb nachvollziehbar.

Ich unterstütze auch die Meinung, dass zwei Modelle (5 und 7 GR-Mitglieder inkl. entsprechender Abteilungszahl) geprüft werden. Es besteht überhaupt kein Anlass, den Schlussbericht der Arbeitsgruppe zurück zu weisen. Mit einer Rückweisung des Geschäftes kann der Terminplan nicht mehr eingehalten werden. Mit einem Änderungsantrag kann der Beschluss so erweitert werden, dass zwei Modelle geprüft werden.

Zum Schlussbericht möchte ich noch erwähnen, dass der Handlungsbedarf klar aufgezeigt wird und dass das Rollenverständnis zwischen Exekutive/Legislative/Verwaltung zu klären ist. Offenbar könnte sich die Exekutive auf noch mehr strategische Fragen beschränken und die operativen Angelegenheiten durch die Verwaltung erledigt werden. Aus diesem Grund sollte die Exekutive verkleinert und die Rollenverbindung damit gefördert werden. Der Dienstleistungskatalog soll überprüft werden. Bei Diskussionen im Vorfeld des Geschäftes sind mir die Streichungen von vielen Gemeindeaufgaben zu Ohren gekommen. Dies wird ganz sicher nicht der Fall sein und ist auch nicht Bestandteil des vorliegenden Geschäftes. Das Schulwesen, der Sozialbereich, die Baugesetzgebung etc. werden vom Kanton vorgegeben. Es werden nur marginale Änderungen möglich sein. Es stellt sich die Frage, ob solche Aufgaben im Rahmen des vorliegenden Projektes gestrichen werden können. Viel wichtiger ist bei der Überprüfung des Dienstleistungskatalogs die Kostentransparenz. Die Aufgaben sind zu bündeln und die Synergien sind zu nutzen. Die administrativen Abläufe sind auf Hindernisse zu überprüfen. Viele heutige Koordinationsaufgaben können reduziert werden. Diese Fragen müssen in Zusammenhang mit dem Dienstleistungskatalog sowie der Reduzierung der GR-Mitglieder gestellt werden. Aus diesem Grund verstehe ich den Auftrag an den Gemeinderat eine Kosten-/Nutzenanalyse zu erstellen nicht. Mit dem Entscheid, diese Ziele anzuvisieren und die angegebenen Punkte im Schlussbericht anzugehen, kann der vorgegebene Weg eingehalten werden. Der Kosten-/Nutzeffekt wird dadurch verbessert.

Zum Zeitplan ist zu erwähnen, dass im Schlussbericht ein gewisser Handlungsbedarf aufgezeigt wird. Wir sollten auf dem eingeschlagenen Weg ohne Verzögerungstaktik weitergehen. Auch die beteiligten Personen aus der Verwaltung können nicht während acht Jahren an einer Reform mitarbeiten und ihnen ständig Überprüfungs- und Machbarkeitsaufträge erteilen. Diese Personengruppe muss vom Geschäft und Sinn überzeugt werden. Sie müssen in die Arbeit miteinbezogen werden und dies kann nicht auf unbestimmte Zeit geschehen. Wenn an der Reform festgehalten wird, muss auch am Zeitplan festgehalten werden! Dafür ist keine Rückweisung des Berichtes notwendig. Wir sind auf den Bericht eingetreten und haben den Bericht diskutiert. Was wir noch können, ist mit einem **Änderungsantrag (Nr. 1)** den Beschlusstext redaktionell leicht abändern und eine neue Beschlussesziffer 3 (die restlichen Ziffern werden um 1 erhöht) anhängen. Heute müssen noch keine Beschlüsse zur Verklei-

nerung des Parlamentes, zum Wahlsystem und den Kommissionen gefällt werden. Konkret beantragen wir den nachfolgenden Beschlusstext:

1. *Für die definitive Vorbereitung der Umsetzung der Behörden- und Verwaltungsreform ist ein Hauptprojekt mit folgenden Zielen zu starten:*
 - a. *Der Gemeinderat ist auf 5 Mitglieder (1 Hauptamt/4 Nebenämter) oder 7 Mitglieder (1 Hauptamt/6 Nebenämter) zu verkleinern.*
 - b. *Der Gemeinderat führt die Verwaltung im Ressortprinzip.*
 - c. *Die Anzahl der ständigen Kommissionen ist der neuen Behördenorganisation anzupassen.*
 - d. *Die Personalgesetzgebung ist der neuen Verwaltungsorganisation anzupassen.*
2. *Die gesetzlichen Grundlagen für die Umsetzung von Ziffer 1 a. - d. dieses Beschlusses liegen bis spätestens per Ende 2007 in genehmigter Form vor, damit die Umsetzung des Projektes auf die neue Legislatur (2009 bis 2012) möglich ist.*
3. *Der Gemeinderat unterbreitet dem GGR in der Sitzung vom 29. Juni 2006 die Varianten der Behörden- und Verwaltungsreform zum Entscheid.*
4. *Das Postulat R. Rickenbach (FDP) betreffend Verkleinerung des Gemeinderates auf 7, 5 oder 3 Mitglieder wird als erledigt abgeschrieben.*

Christoph Künti (SVP): Nach dem Votum von Regula Unteregger muss ich erwähnen, dass der Änderungsantrag der SP das Gleiche will wie wir mit der Rückweisung. Die gleichen Punkte werden behandelt. Wir wollen auch nicht verzögern und erwarten eine Antwort am 29. Juni 2006. Wir müssen uns entscheiden, ob wir einer Beschlussesänderung oder einer Rückweisung zustimmen wollen.

Peter Wegmann (FDP): Dem Votum von Christoph Künti muss ich entgegenhalten, dass eine Rückweisung oder eine Beschlussesänderung nicht dasselbe sind. Die Zielvorgaben resp. Terminologie gingen vergessen. Uns geht es primär darum, dass der Zeithorizont eingehalten werden kann. Beim Eintreten auf Rückweisung, kann der Terminplan nicht eingehalten werden. Wenn wir nicht bereit sind, heute einen Grundsatzentscheid zu fällen, dann werden wir mit Sicherheit nicht weiterkommen. Es geht primär darum, Sachpolitik zu betreiben. Vor nicht ganz drei Jahren wurde das Postulat (ursprünglich war es eine Motion) Rolf Rickenbach (FDP) und Mitunterzeichnende betreffend Verkleinerung des Gemeinderates auf 7, 5 oder 3 Personen von den meisten auch heute Abend hier im Saal sitzenden Ratsmitgliedern unterstützt. Es erstaunt mich, dass in der Zwischenzeit ein solcher Sinneswandel stattgefunden hat.

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 15. Dezember 2005

Walter Bruderer (FORUM) tritt um 18.15 Uhr der Sitzung bei. Neu sind 35 Ratsmitglieder anwesend.

Gemeindepräsident Christian Zahler (SP): Der Gemeinderat legte dem Parlament einen Antrag mit klaren Vorgaben zur weiteren Bearbeitung vor. Heute braucht es einen politischen Entscheid, um dieses Geschäft weiter bearbeiten zu können. Die Betonung liegt auf dem Zeitpunkt, dass es „jetzt“ einen Entscheid braucht.

Dem Gemeinderat wurde ein „Bauchentscheid“ vorgeworfen. Ich möchte festhalten, dass der Gemeinderat das Projekt begleitet, die Stärken-/Schwächenanalyse diskutiert und in der vorliegenden Form gutgeheissen hat. Ebenfalls hat er über die Zielsetzungen diskutiert und diese verabschiedet. Der Schlussbericht ist Bestandteil und Grundlage der Botschaft und wird vom Gemeinderat unterstützt. Selbstverständlich kann die Frage, ob die Ziele erreicht werden, nicht von der Struktur abhängig gemacht werden. Es werden nach wie vor Personen benötigt, welche die Ämter auch ausüben. Die Erreichung der Ziele ist nicht von der Anzahl Gemeinderatsmitglieder abhängig. Die angestrebte Führungskraft wird in einem kleineren Gremium einfacher zu erreichen sein.

Es ist richtig, dass der Gemeinderat mehr Punkte als im Schlussbericht erwähnt, aufgeführt hat. Der Grund liegt darin, dass mit einer Absichtserklärung von 5 Gemeinderatsmitgliedern Fragen im Raume stehen, welche die Projektgruppe noch nicht behandelt hat. Wir haben das Wahlverfahren des Gemeinderates, die Grösse des GGR und das Ressortprinzip festgelegt. Diese Fragen müssen in der Gemeindeordnung (GO) beantwortet werden. Das Ziel des Gemeinderates ist es, dass bei der nächsten Behandlung des Geschäftes im GGR nicht nochmals Zwischenentscheide vorgelegt werden müssen. Bereits an der nächsten Sitzung soll das Parlament über die teilrevidierte GO entscheiden können. Die Behörden- und Verwaltungsreform ist erst dann definitiv, wenn das Volk der Revision der GO zugestimmt hat. Diesen Entscheid sollte innert nützlicher Frist bekannt gemacht werden.

Der Gemeinderat ist der Auffassung, dass heute Abend ein Entscheid, in welche Richtung das Geschäft zu lenken ist, gefällt werden kann. Die Parteien, welche mit der Verkleinerung des Gemeinderates auf 5 Mitglieder Mühe bekunden, haben auch bei der Frage „wie viele Parteien sollen im Parlament vertreten sein?“ Mühe. Diese Frage muss beantwortet werden. Die EVP hat sich gegen eine Verkleinerung ausgesprochen und diese Meinung ist legitim, setzt aber keine weiteren Variantenstudien voraus. Ein Entscheid, in welche Richtung es gehen soll, muss gefällt werden und diesen Weg wollen wir anschliessend gehen.

Umgekehrt bin ich der Auffassung, dass wenn der GGR einer Variantenuntersuchung zustimmt, ich mir das Recht in Anspruch nehme, die Vorteile der Varianten 5 oder 7 Gemeinderatsmitglieder aufzuzeigen und in die entsprechende Richtung einzulenken. Aus diesem Grund wäre ich froh, wenn aus dem Rat ein Bekenntnis abgegeben wird, dass die noch abzuklärenden Untersuchungen auch die Entscheidungsgrundlagen für den nächsten Schritt darstellen werden.

Zum Rückweisungsantrag möchte ich noch folgendes sagen. Rückweisung ist ein „energisches“ Wort. Doch grundsätzlich will der Rückweisungsantrag dasselbe wie der Gemeinderat. Auch der Gemeinderat ist der Auffassung, dass das Geschäft zur Weiterbearbeitung an ihn zurückgewiesen werden muss. Ein anderes Vorgehen ist beim heutigen Planungsstand nicht möglich. Wichtig sind die Vorgaben zur weiteren Bearbeitung. Ich gehe davon aus, dass die Punkte 1 a bis 1 d keiner Vorgehenschronologie entsprechen. Die Kosten- und Nutzenanalyse kann nicht zuerst erstellt werden. In einem ersten Schritt ist die Verwaltungsstruktur zu diskutieren und festzulegen. Erst wenn die Vorstellungen über die Verwaltungsstruktur bekannt sind, können die weiteren Punkte bearbeitet werden. Für mich ist das kein gangbarer Weg: Zuerst den Leistungskatalog zu erstellen und anschliessend zu definieren, welche Arbeitsbereiche inskünftig sinnvoller unter einem Dach erledigt werden sollen.

Für die Diskussion über die Verwaltungsstruktur ist die bisher eingesetzte Projektgruppe nicht das richtige Gremium. Wenn über die Verwaltungsstruktur diskutiert werden soll, dann sind alle Abteilungsleitungen und Gemeinderatsmitglieder gleichberechtigt in das Verfahren einzubeziehen. Es dürfen keine Delegationen über andere Abteilungen entscheiden. Diese „Knochenarbeit“ muss von allen Direktbetroffenen ausgeführt werden.

Der Gemeinderat hat die Projektgruppe eingesetzt und er ist für die Organisation der Verwaltung zuständig. Der GGR kann wohl den Wunsch äussern, dass die Projektgruppe wieder eingesetzt wird und dass sie sich zur Verwaltungsstruktur äussern kann. Letztendlich hat aber der Gemeinderat über diesen Wunsch zu entscheiden.

Für die weitere Diskussion wäre es hilfreich, wenn die Anzahl der Departemente bekannt ist. Das geht aus dem Antrag der SVP nicht hervor. Die Anzahl Gemeinderatsmitglieder muss nicht identisch mit der Anzahl Departemente sein. Es wäre hilfreich, wenn eine entsprechende Bestätigung seitens der SVP noch vorgenommen werden könnte.

Zum ebenfalls von der SVP-Fraktion angesprochenen Führungsprinzip ist zu erwähnen, dass die Anzahl Gemeinderatsmitglieder/Departemente geklärt werden muss. Wenn die Variante 5 Gemeinderatsmitglieder und 5 Departemente gutgeheissen wird, so ist das Bedürfnis nach dem „Geschäftsfelderprinzip“ nicht mehr gross. Aus diesem Grund vertritt der Gemeinderat die Auffassung, dass mit dem „Ressortprinzip“ das Geschäft angegangen werden kann.

Beim Wahlverfahren muss keine Projektgruppe grosse Überlegungen und Beurteilungen vornehmen. Diese Frage haben die Parteien untereinander zu diskutieren und zu klären. Eine Verkleinerung des Gemeinderates im Proporzverfahren bringt andere Voraussetzungen und Konstellationen mit sich. Das Majorzverfahren bringt ebenfalls andere Überlegungen an den Tag. Hier kann aber auf eine externe Beratung verzichtet werden.

Zur Kosten-/Nutzenanalyse möchte ich auf das Votum von Regula Unteregger verweisen. Den Nutzen haben wir mit den angestrebten Zielen definiert. Es gibt verschiedene Kosten die interessieren. Es stimmt, zu den Projektkosten hat sich der

Gemeinderat in der Botschaft nicht geäussert. In der nächsten Projektphase werden keine grossen Kosten anfallen. Der Leistungskatalog kann die Verwaltung selbständig erarbeiten. Ein Moderator kennt einen Tagesansatz von Fr. 2'000.--. Der Betrag wird kalkulierbar. Für die Revision der GO muss ein Jurist beigezogen werden, doch sollten auch hier keine überrissenen Honorarkosten anfallen. Bei der Reorganisation der Departemente ist Detailarbeit gefragt und hier werden externe Beratende notwendig sein. Die Kosten können heute noch nicht abgeschätzt werden. Der Kredit wird in den Zuständigkeitsbereich des Parlamentes fallen. Die Kosten, welche die zukünftige Verwaltung verursachen wird, können heute nicht beziffert werden. Auch wenn die Anzahl Departemente festgelegt worden ist, kann nicht prophezeit werden, welche Variante (5 oder 7) schlussendlich die günstigere sein wird. Wenn das gleiche Dienstleistungsspektrum erbracht werden soll, muss mit den gleichen Kosten kalkuliert werden. Auch in der nächsten Phase wird es nicht möglich sein, über die Streichung von einzelnen Stellen zu sprechen. Im übrigen war es nie das Ziel, hier ein Sparpotenzial zu erreichen! Selbstverständlich wollen alle die Effizienz erhöhen und unnötige Kosten einsparen. Mit den definierten Zielen und einer gestärkten Führung, können die finanziellen Vorteile nicht vorher gesagt werden.

Zu den Terminen ist zu erwähnen, dass der Gemeinderat gewillt ist, die gesetzliche Grundlage für die Behörden- und Verwaltungsreform bis Ende 2007 zu schaffen. Im Jahre 2008 sollen die Wahlen nach den neuen Strukturen durchgeführt werden. Ich unterstütze die Votanten, welche für eine zügige Behörden- und Verwaltungsreform eintreten. Es kann nicht sein, dass sich dieses Geschäft über 10 Jahre dahin zieht. Ich möchte im Parlament keinen weiteren Zwischenentscheid abholen, sondern gleich die Revision der GO vorlegen und eine Orientierung über die zukünftigen Projektkosten für die nächste Phase vornehmen. Ich glaube nicht, dass dieser Entscheid bereits am 29. Juni 2006 dem Parlament vorgestellt werden kann. Wenn das Geschäft im Juni traktandiert wird, so muss bereits anfangs Mai die Botschaft verfasst sein. Der Leistungskatalog für die Verwaltungsstruktur muss vorgängig erarbeitet werden. Diese Arbeiten dauern bis in den Februar 2006. Somit verbleiben noch die Monate März und April zur Diskussionsführung und zur Kostenschätzung. Dieser Zeitplan ist zu eng und nicht nötig, wenn mit dem nächsten GGR-Entscheid auch die Teilrevision der GO beschlossen wird. Somit reicht es, wenn das Geschäft in der zweiten Jahreshälfte 2006 traktandiert wird. Anschliessend können wir die GO im Februar 2007 dem Souverän zum Entscheid vorlegen. Anschliessend kann noch das Abstimmungs- und Wahlreglement revidiert werden und im Jahre 2008 können die Gemeindewahlen nach den neuen gesetzlichen Bestimmungen durchgeführt werden.

Mein Vorschlag ist, dass wir das Geschäft mit Antrag auf Revision der GO nur noch einmal hier im Rat (2. Hälfte 2006) behandeln.

Zum Schluss möchte den Rat auf die Situation der Direktbetroffenen hinweisen. Es wäre für alle betroffenen Mitarbeitenden sehr hilfreich, wenn die Richtung, in welche die Behörden- und Verwaltungsreform gehen soll, bekannt gegeben wird. Es wäre von Vorteil, wenn die Entschlossenheit und die Befürwortung des GGR festgestellt werden kann. Je offener das Spektrum der möglichen Lösungen bleibt, desto schwieriger wird die Situation für die Direktbetroffenen. Und je länger sich diese Situation hinweg zieht, desto unglücklicher ist die Lage für die Betroffenen. Aus diesem Grund

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 15. Dezember 2005

möchte ich vom GGR die Bestätigung, dass schlussendlich für den Entscheid die Qualität der verschiedenen auszuarbeitenden Varianten ausschlaggebend sein wird.

--- 5 minütige Pause ---

Eduard Rippstein (CVP) verlässt um 18.30 Uhr die Sitzung. Es sind 34 Ratsmitglieder anwesend.

Regula Unteregger (SP): Wir haben in der Zwischenzeit unseren Änderungsantrag noch mit einer neuen Ziffer 1 b) ergänzt. Die anderen Ziffern rücken eine Stelle nach hinten:

b. Die Projektgruppe wird beibehalten.

Peter Wegmann (FDP): Ich möchte noch eine ergänzende Bemerkung abgeben. In der Vergangenheit haben wir vielfach festgestellt, dass das Parlament der Exekutive fehlende Führungsbereitschaft unterstellt hat. Heute liegt ein anderes Szenario vor. Heute steht ganz klar das Parlament mit einem Entscheid in der Führungsverantwortung. Wenn wir den Rückweisungsantrag unterstützen, ist das gleichbedeutend, dass wir uns hier aus der Verantwortung ziehen. Das kann nicht sein!

Ratspräsident: Zuerst stimmen wir über den **Rückweisungsantrag** ab. Dieser lautet wie folgt:

Das vorliegende Geschäft wird mit folgenden Aufträgen zur Überarbeitung zurückgewiesen:

1. *Der Gemeinderat wird beauftragt die Projektgruppe wieder einzusetzen und die Varianten 1/4 (1H/4N) und 1/6 (1H/6N) auf folgende Punkte hin zu prüfen:*
 - a. *Kosten- und Nutzenanalyse*
 - b. *Mögliche Zusammenlegung der Departemente, allfällige Synergien, das Führungsprinzip etc.*
 - c. *Arbeitsauslastung der einzelnen Gemeinderatsmitglieder*
 - d. *Wahlverfahren der Gemeinderatsmitglieder*
2. *Auf die Verkleinerung des Grossen Gemeinderates wird für die Legislatur 2009 bis 2012 verzichtet.*
3. *Zu Handen der GGR-Sitzung vom 29.06.2006 sind die Resultate der Aufträge unter Punkt 1 dem GGR zur Genehmigung vorzulegen.*

A b s t i m m u n g :

Der Rückweisungsantrag der SVP-Fraktion wird mit 17 zu 16 Stimmen abgelehnt.

Ratspräsident: In einem nächsten Schritt stimmen wir über den **Änderungsantrag (Nr. 1)** ab. Dieser wird dem Botschaftsbeschluss gegenüber gestellt. Der Änderungsantrag lautet wie folgt:

1. *Für die definitive Vorbereitung der Umsetzung der Behörden- und Verwaltungsreform ist ein Hauptprojekt mit folgenden Zielen zu starten:*
 - a. *Der Gemeinderat ist auf 5 Mitglieder (1 Hauptamt/4 Nebenämter) oder 7 Mitglieder (1 Hauptamt/6 Nebenämter) zu verkleinern.*
 - b. *Die Projektgruppe wird beibehalten.*
 - c. *Der Gemeinderat führt die Verwaltung im Ressortprinzip.*
 - d. *Die Anzahl der ständigen Kommissionen ist der neuen Behördenorganisation anzupassen.*
 - e. *Die Personalgesetzgebung ist der neuen Verwaltungsorganisation anzupassen.*
2. *Die gesetzlichen Grundlagen für die Umsetzung von Ziffer 1 a. - d. dieses Beschlusses liegen bis spätestens per Ende 2007 in genehmigter Form vor, damit die Umsetzung des Projektes auf die neue Legislatur (2009 bis 2012) möglich ist.*
3. *Der Gemeinderat unterbreitet dem GGR in der Sitzung vom 29. Juni 2006 die Varianten der Behörden- und Verwaltungsreform zum Entscheid.*
4. *Das Postulat R. Rickenbach (FDP) betreffend Verkleinerung des Gemeinderates auf 7, 5 oder 3 Mitglieder wird als erledigt abgeschrieben.*

A b s t i m m u n g :

Der Änderungsantrag der SP-Fraktion wird mit 24 zu 2 Stimmen genehmigt.

Ratspräsident: Jetzt kann noch die Schlussabstimmung vorgenommen werden. Der Grosse Gemeinderat fasst mit 29 zu 3 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s :

1. Für die definitive Vorbereitung der Umsetzung der Behörden- und Verwaltungsreform ist ein Hauptprojekt mit folgenden Zielen zu starten:
 - a. Der Gemeinderat ist auf 5 Mitglieder (1 Hauptamt/4 Nebenämter) oder 7 Mitglieder (1 Hauptamt/6 Nebenämter) zu verkleinern.
 - b. Die Projektgruppe wird beibehalten.
 - c. Der Gemeinderat führt die Verwaltung im Ressortprinzip.
 - d. Die Anzahl der ständigen Kommissionen ist der neuen Behördenorganisation anzupassen.
 - e. Die Personalgesetzgebung ist der neuen Verwaltungsorganisation anzupassen.
2. Die gesetzlichen Grundlagen für die Umsetzung von Ziffer 1 a. - d. dieses Beschlusses liegen bis spätestens per Ende 2007 in genehmigter Form vor, damit die Umsetzung des Projektes auf die neue Legislatur (2009 bis 2012) möglich ist.
3. Der Gemeinderat unterbreitet dem GGR in der Sitzung vom 29. Juni 2006 die Varianten der Behörden- und Verwaltungsreform zum Entscheid.
4. Das Postulat R. Rickenbach (FDP) betreffend Verkleinerung des Gemeinderates auf 7, 5 oder 3 Mitglieder wird als erledigt abgeschrieben.

--- 10 minütige Pause ---

83 10.2255 Verkauf Rütihoger

Überbauungsordnung (UeO) „Rütihoger“: Verkauf von Bauland ab Parzelle Nr. 1538; Auftrag und Ermächtigung an den Gemeinderat - Kreditbeschlüsse für Infrastrukturanlagen und allfällige Vertragsauflösungen im Zusammenhang mit dem Asylbewerberzentrum

Ratspräsident: Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

Rudolf Mahler (SP): Die SP-Fraktion tritt für dieses Geschäft ein. Es gibt viele gute Gründe dafür:

1. Das erklärte Ziel des jetzigen Parlaments ist es, die Gemeinde Ostermundigen für Neuzuziehende attraktiv zu machen, um die finanziellen Lasten der Gemeinde auf mehr Schultern verteilen zu können. Nur so kann eine Steuersenkung ohne Leistungsabbau realisiert werden.
2. Der Rütihoger stellt eine gut erschlossene Wohnlage mit fantastischer Weitsicht und viel Sonne dar. Wenn es gelingt, Investoren zu finden, welche eine Überbauung mit überzeugender Architektur und Eigentumswohnungen mit gutem Raumangebot realisieren, können sehr schnell viele Interessenten gefunden werden.
3. Der Gemeinderat beabsichtigt, den Naturbereich auch zu verkaufen. Dieser Schritt ist richtig. So kann das Unterhalts- und Abgrenzungsproblem vorgängig gelöst werden.
4. Der Kommunalteil bestehend aus Biotop und Magerwiese im Nordosten der Parzelle, wertet die Überbauung auf und verbindet die Baufelder mit dem Rütiquartier. Dass zusätzlich noch ein Buchgewinn von 6 Mio. Franken erzielt werden kann, rundet das Geschäft auf eine positive Art ab.
5. Auch das Asylbewerberzentrum wurde ins Geschäft integriert. Im schlimmsten Fall muss die Gemeinde Ostermundigen dem Bund Fr. 216'000.-- bezahlen. Doch das nur wenn rasch gebaut wird und die Investoren auf eine sofortige Schliessung des Zentrums drängen. Ansonsten reduziert sich der Betrag um Fr. 87'000.-- pro Jahr. Im Jahre 2010 entfällt der Betrag, da der Vertrag mit der Eidgenossenschaft dann endet.

Wir bitten den Rat, dem Geschäft zuzustimmen und dem Gemeinderat den Auftrag und die Ermächtigung zum Landverkauf zu erteilen.

Renate Bolliger (EVP): Die EVP-Fraktion ist mit dem Landverkauf auch einverstanden. Hier besteht die einmalige Gelegenheit, guten und attraktiven Wohnraum in Ostermundigen bereit zu stellen. Mit dem Beschluss zum Verkauf geben wir viel Kompetenz an den Gemeinderat ab. Der Gemeinderat benötigt diesen Spielraum, damit

wenn eine potenzielle Käuferschaft vorhanden ist, er sofort handeln kann. Wir appellieren an den Gemeinderat, eine bauwillige und solvente Käuferschaft zu suchen.

Wir befürworten, dass das regionale Gesamtinteresse und nicht nur der Verkaufspreis sowie der Baubeginn berücksichtigt werden. Es ist gut, dass der Baubeginn im Kaufvertrag festgehalten wird. Den Quadratmeterverkaufspreis haben wir zuerst als etwas tief taxiert. Doch wir haben uns über die Höhe des Verkaufspreises belehren lassen. Es wäre schwierig, heute einen fixen Preis zu definieren.

Die Lösung mit dem Asylzentrum können wir ebenfalls unterstützen, zumal nach Aussage des Kantons kein Ersatzstandort mehr gesucht werden muss. Die Wohnungen werden sicher nicht viel früher als im Jahre 2010 bereit gestellt sein und so ist nicht mit grösseren Kosten zulasten der Gemeinde zu rechnen.

Egon Julmi (FDP): Die FDP-Fraktion begrüsst dieses Geschäft ebenfalls. Im GPK-Protokoll konnten bereits viele Aussagen betreffend die Investoren nachgelesen werden. Im vorliegenden Geschäft deckt der Gemeinderat erstmals seine Vorwärtsstrategie auf. Wenn für den Rütihoger Investoren gefunden werden, erwirtschaftet die Gemeinde Ostermundigen einen grossen Gewinn. Mit der Zustimmung zum Geschäft kann dem Ziel von 18'000 Einwohnenden rasch entgegen getreten werden.

Marco Mantarro (FORUM): Wir stellen den **Änderungsantrag (Nr. 1)** für eine neue Beschlusseziffer 5 (die restlichen Ziffern werden um 1 erhöht).

5. *Das Biotop und die Magerwiese im Osten der Liegenschaft sind unmittelbar nach Verkauf jedoch spätestens bei Baubeginn auf dem Rütihoger zu realisieren. Zulasten der Investitionsrechnung wird dafür ein Kredit von Fr. 100'000.-- gesprochen.*

Es ist unbestritten, dass das geplante Biotop die Attraktivität in der Rüti massgebend steigern wird. Es entsteht ein Mehrwert für die alten und die neuen Rütibewohnenden. Das Biotop ist vor Baubeginn zu erstellen.

Beat Weber (SVP): Die SVP-Fraktion ist der Auffassung, dass es für die Gemeinde Ostermundigen von zentraler Bedeutung ist, gehobenen Wohnungsstandard anzubieten. Wir begrüssen aus diesem Grund das vorliegende Geschäft und stimmen der Botschaft vollumfänglich zu.

Zum Bauvorhaben gehört auch der Biotopbereich, dieser ist unbestritten. Aus der Sicht der SVP ist es unnötig festzulegen, wann das Biotop gebaut wird. Im Zentrum muss eine sinnvolle und sachgerechte Bautätigkeit stehen und diese darf nicht eingeschränkt werden. Mit der frühzeitigen Realisierung des Biotops werden künstliche Behinderungen geschaffen. Aus diesem Grund lehnen wir den Änderungsantrag des FORUMS ab und schlagen dem Rat vor, dem Botschaftsbeschluss zuzustimmen.

Walter Bruderer (FORUM): Ich bin überrascht über das Votum des Vorredners. Der Gemeinderat hat die Umdisposition „Magerwiese vom Steingrübli in das Rütiquartier“ vorgeschlagen. Dabei handelt es sich um eine Absichtserklärung. Das Biotop wird „seit Menschen gedenken“ im Gemeindebaureglement (GBR) erwähnt. Nun ist es naheliegend, dass dieses Biotop bei der erstbesten Gelegenheit realisiert wird. Theoretisch könnte bereits morgen mit dem Bau begonnen werden. Ich finde es äussert schlecht, dass bis zur totalen Überbauung des Rütihogers mit der Biotoperstellung zugewartet werden soll. Es wird ein Zeichen für die bereits heute in der Rüti lebenden Bevölkerung gesetzt, wenn das Biotop endlich realisiert wird. Bis die drei Baustapen (A, B und C) erstellt sind, wird viel Zeit vergehen. Ich bitte den Rat, zugunsten der Rütibevölkerung die maximal Fr. 100'000.-- für den sofortigen Biotopbau zu bewilligen.

Lucia Müller (SVP): Wenn ich Bauführerin wäre, würde ich nicht mit den Umgebungsgestaltungsarbeiten anfangen. Ein Biotop ist ein empfindliches Zusammenspiel von Lebewesen und Natur. Wenn ich rings um das Biotop mit grossen Baumaschinen auffahre, mache ich viele Teile kaputt. Das Biotop ist geschützt und soll nicht gestört werden. Aus diesem Grund ist der Ausbau erst dann vorzunehmen, wenn der geschützte Bereich auch gewährt werden kann. Das bedeutet nicht automatisch, dass das Biotop erst ganz am Schluss gebaut werden muss. Es kommt darauf an, welche Etappe zuerst bebaut wird. Einen vorgängigen Biotopbau kann ich nicht unterstützen.

Rudolf Mahler (SP): Ich muss der FORUM-Fraktion auch widersprechen. Ein vorzeitiger Biotopbau wäre wünschenswert, stört jedoch den Bauablauf in beträchtlicher Weise.

Beat Weber (SVP): Der Biotopbau ist unbestritten. Als Baufachmann muss ich auf den Platzbedarf aufmerksam machen. Mit einem vorzeitigen Biotopbau wird das Platzangebot erheblich eingeschränkt.

Ursula Lüthy (GB/SP): Wir befürworten den Bau des Biotops aber erst dann, wenn es Sinn macht. Die Bauentwicklung ist abzuwarten und darf mit dem Biotop nicht behindert werden.

Egon Julmi (FDP): Den Änderungsantrag kann die FDP auch nicht unterstützen. Mit der Befürwortung wird die Tätigkeit des Gemeinderates eingeschränkt. Das Biotop kann dann erstellt werden, wenn die Baufelder überbaut sind und der Verkaufserlös dafür bereits in die Gemeindekasse eingeflossen ist.

Walter Bruderer (FORUM): Den beiden vorangehenden Votanten möchte ich entgegen halten, dass auch nach dem Biotopbau genügend Platz für die Bauplatzinstallationen vorhanden ist. Die 5'050 m² im Ostteil der Parzelle sollen nicht verkauft werden. Ein späterer Bau des Biotops könnte mit Mehrkosten verbunden sein. Der Zins ist ebenfalls aufzurechnen.

Gemeindepräsident Christian Zahler (SP): Besten Dank für die sich abzeichnende Zustimmung zum Geschäft und die Unterstützung der angestrebten Gemeindeentwicklung. Der Gemeinderat empfiehlt dem GGR ebenfalls den Änderungsantrag abzulehnen und der Botschaftsvorlage zuzustimmen. Die Argumentation gegen das Vorziehen des Biotopbaus möchte ich nicht wiederholen.

Das weitere Vorgehen sieht vor, das Geschäft am 12. Februar 2006 dem Souverän vorzulegen. Anschliessend soll im Frühling das Land zum Verkauf ausgeschrieben werden. Das Baufeld C (geeignet für Einfamilienhäuser) kann sofort bebaut werden, da keine Verknüpfung mit dem Asylbewerberzentrum besteht.

Ratspräsident: Zuerst hat das Parlament über den **Änderungsantrag (Nr. 1)** zu entscheiden. Dieser lautet wie folgt:

- 5. Das Biotop und die Magerwiese im Osten der Liegenschaft sind unmittelbar nach Verkauf jedoch spätestens bei Baubeginn auf dem Rütihoger zu realisieren. Zulasten der Investitionsrechnung wird dafür ein Kredit von Fr. 100'000.-- gesprochen.*

A b s t i m m u n g :

Der Änderungsantrag des FORUM wird mit 30 zu 3 Stimmen abgelehnt.

Aus Ratsmitte liegen keine Wortbegehren mehr vor. Der Grosse Gemeinderat fasst mit 30 zu 0 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s :

1. Der Gemeinderat wird ermächtigt und beauftragt, ab der Parzelle Grundbuchblatt Nr. 1538 Land zu verkaufen.
2. Von den 37'510 m² sind cirka 31'505 m² oder 84 % zu verkaufen. Der Ostteil nördlich des Rütiewegs und westlich des Hohlenwegs sowie die Strassenfläche für die Detailerschliessungsstrasse im Halte von insgesamt cirka 6'005 m² verbleiben im Gemeindeeigentum.
3. Es wird zur Kenntnis genommen, dass der geschätzte Landwert des zu veräussernden Areals (erschlossen und baureif) Fr. 12'700'000.-- beträgt und ein Richtwert darstellt.
4. Für den Bau von Werkleitungen wird zu Lasten der Investitionsrechnung ein Verpflichtungskredit als Rahmenkredit von Fr. 700'000.-- beschlossen. Der Gemeinderat wird ermächtigt, die Einzelvorhaben des Rahmenkredites zu beschliessen.
5. Der Grundeigentümerbeitragssatz für Detailerschliessungsstrassen wird auf 100 % festgesetzt.
6. Für die vorzeitige Auflösung des Vertrags mit der Eidgenossenschaft betreffend Gebäude des Asylbewerberzentrums wird zu Lasten der Investitionsrechnung ein Verpflichtungskredit als Rahmenkredit von Fr. 261'000.-- beschlossen. Der Gemeinderat wird ermächtigt, über die Verwendung des Rahmenkredits zu beschliessen.
7. Der Gemeinderat wird beauftragt, das Land zum bestmöglichen Angebot zu verkaufen.
8. Die Beschlüsse Ziffern 1 bis 7 unterliegen als Einheit dem Beschluss durch die Stimmberechtigten.

84 42.242 Leitungsnetz; Hauptleitungen, Neuerstellung
 42.312 Abwasseranlagen; Neuerstellung

Überbauungsordnung (UeO) „Oberdorf (Schmätterling)“; Ersatz der Wasserhauptleitung im Bereich Bachstrasse/Bachweg und Sanierung der Abwasserhauptleitungen in der Oberdorfstrasse - Kreditbewilligung

Ratspräsident: Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

Rahel Wagner (EVP): Die EVP-Fraktion erachtet das vorliegende Geschäft als sinnvoll und notwendig. Die Bauherrschaft „Schmätterling“ profitiert sicher von den Fehlern der Wasserleitungsverlegung.

Christoph Künti (SVP): Ich möchte noch auf eine wichtige Ergänzung im Botschaftsbeschluss in Ziffer 2 anmerken. Der Beschluss muss wie folgt lauten:

1. ... Die Kreditbewilligung erfolgt unter Vorbehalt, dass die bestehende Faserzementleitung **ab** Ende 2006 als Leitung für Wärmepumpenbetrieb eingesetzt werden kann.

Michael Meienhofer (FORUM): Auch das FORUM unterstützt das Geschäft. Wir haben noch ein paar Fragen zu der Nutzung der alten Leitungen der Wärmepumpeanlage:

-  Wie sieht die Beteiligung seitens des Bauherrn aus?
-  Wird die Vorinvestition der Gemeinde für die Wärmepumpe finanziell garantiert?
-  Muss die Gemeinde eine Liefergarantie für den Wärmepumpebetrieb abgeben?
-  Botschaft Kap. 2.5 - Finanzierung: Warum hat die Gemeinde mit dem Käufer der Parzelle einen Infrastrukturvertrag abgeschlossen? Die Kosten, welche die Gemeinde schlussendlich zu tragen hat, sind heute noch nicht bekannt.

Maria Anna Baumann (SP): Zur Frage *sind die Wärmepumpenleitungen sind genügend überdeckt?* möchte ich wie folgt Stellung nehmen: Die Überbauung Oberdorf wird an die Wärmepumpe angeschlossen. Seinerzeit wurde eine entsprechende Auflage im Baubewilligungsverfahren festgehalten. Mit der Wärmepumpe werden bei der Überbauung zwei Drittel der erneuerbaren Energie gewonnen. Die Idee wäre die, sämtliche Mehrfamilienhäuser ab Bachstrasse bis zur Oberdorfstrasse inkl. neuer Seniorenresidenz an die Wärmepumpeleitung anzuschliessen. Bei vielen Mehrfamilienhäusern entlang der Bachstrasse müssen die Heizungen demnächst erneuert werden. Von Seiten Gemeindebetriebe wird alles unternommen, diese Liegenschaften an die Wärmepumpe anzuschliessen. Für die Umwelt wäre das ein grosser Schritt in die richtige Richtung.

Gemeinderat Rolf Rickenbach (FDP): Vielen Dank für die positiven Voten. Christoph Künti hat natürlich recht und ich wollte mich auch zu Wort melden. Zu den Fragen von Michael Meienhofer möchte ich wie folgt Stellung nehmen:

- ① Die finanzielle Beteiligung seitens des Bauherrn muss noch verhandelt werden. Der Zeitwert der Leitungen dient als Basis für die Verhandlungen.
- ① Der Vorschuss der Gemeinde versteht sich nicht allein zugunsten des Bauherrn. Hier handelt es sich um eine Option für das ganze Quartier. Alle im Perimeter liegenden Grundeigentümer können sich an die Wärmepumpenleitung anschliessen. Die Überbauung „Schmätterling“ ist der Auslöser, die Variante „Wärmepumpe“ zu prüfen und zu realisieren.
- ① Der Infrastrukturvertrag ist eine gute Sache. Es ist nicht selbstverständlich, dass soviel von der Erschliessung eines solchen Baufeldes durch den Bauherrn übernommen wird. Den geschickten Verhandlungen der damaligen Gemeindebetriebsführung ist es zu verdanken, dass soviel Geld in die Gemeindekasse zurück fliesst. Das die „ominöse“ Leitung im Bachweg nicht in den Infrastrukturvertrag aufgenommen wurde, war dem Unwissen über die schlechte Überdeckung zuzuschreiben. Das Wissen und die Pläne waren damals noch nicht so weit fortgeschritten. Die Kosten für die Überdeckung können nach Rücksprache mit dem Juristen nicht dem Bauherrn „Schmätterling“ übertragen werden.

Ratspräsident: Aus Ratsmitte liegen keine Wortbegehren mehr vor. Der Grosse Gemeinderat fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

1. Für den Ersatz und den Neubau der Wasserhauptleitung im Bereich Bachweg (Chaussierung) und für die Sanierung der Abwasserhauptleitungen in der Oberdorfstrasse wird zu Lasten der Investitionsrechnung ein Kredit von Fr. 355'000.-- inkl. MWSt. (Wasser = Fr. 210'000.--, Abwasser = Fr. 145'000.--) bewilligt.
2. Für den Ersatz und den Neubau der Wasserhauptleitung im Bereich Bachstrasse (Belag) wird zu Lasten der Investitionsrechnung ein Kredit von Fr. 330'000.-- inkl. MWSt. bewilligt. Die Kreditbewilligung erfolgt unter Vorbehalt, dass die bestehende Faserzementleitung ab Ende 2006 als Leitung für Wärmepumpenbetrieb eingesetzt werden kann.

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 15. Dezember 2005

85 42.242 Leitungsnetz; Hauptleitungen, Neuerstellung

Waldeckstrasse und Bernstrasse; Neubau und Ersatz der Wasserhauptleitungen - Kreditbewilligung

Ratspräsident: Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission ist das Geschäft behandlungsfähig und zulässig.

Es liegen keine Wortbegehren vor. Der Grosse Gemeinderat fasst einstimmig und ohne Diskussion den folgenden

B e s c h l u s s :

Für den Ersatz und Neubau der Wasserhauptleitungen im Bereich Waldeckstrasse - Bernstrasse wird zu Lasten der Investitionsrechnung ein Kredit von Fr. 396'000.-- inkl. MWSt. bewilligt.

Aliki Maria Panayides (SVP) verlässt um 19.30 Uhr die Sitzung. Es sind noch 33 Ratsmitglieder anwesend.

86	10.374	Interpellationen
	10.801	Ständige Vertretungen in Gemeindeverbänden, regionale Gremien und Institutionen

Überparteiliche Interpellation betreffend „Strategie für Agglomerationen und regionale Zusammenarbeit (SARZ)“; Vernehmlassung zu den Verfassungs- und Gesetzesänderungen - Stellungnahme der Gemeinde Ostermundigen; Begründung und Beantwortung

Wortlaut

Am 06.09.2005 nahm der Grosse Rat des Kantons Bern Kenntnis vom regierungsrätlichen Bericht zur Strategie. Gemäss Terminvorgaben sind nun vom Regierungsrat bis Sommer 2006 die nötigen Verfassungs- und Gesetzesgrundlagen auszuarbeiten, die der Grosse Rat in der Novembersession 2006 behandeln wird.

Auf Einladung der „Agglomerationskommission des Berner Stadtrates“ fand am 21.10.2005 in Bern ein wertvoller Workshop mit dem Titel „Parlamente und Agglomerationsstrategie in der Region Bern“ statt. Aus den Vorortsgemeinden waren kommunale Parlamentsmitglieder aus Köniz, Münchenbuchsee, Muri, Worb und Zollikofen anwesend. Aus Ostermundigen nahmen am Workshop teil: Frau Basler und die HH. Aziz, Bruderer, Gfeller und Julmi.

Aus den informativen Referaten ging unmissverständlich hervor, dass die Gemeinden Kompetenzen an eine „Regionalkonferenz“ abgeben sollen. Soweit dies die Parlamente der Gemeinden betrifft, wurde darum in 3 Gruppen versucht, die folgenden Aspekte zu bearbeiten und grundsätzliche Fragen zu beantworten:

- 1. Gemeinsame Anliegen der Parlamente bezüglich Agglomerationsstrategie.*
- 2. Welche Möglichkeiten hat ein Gemeindeparlament, um die Agglomerationspolitik zu beeinflussen bzw. welche Instrumente wünscht es sich?*
- 3. Welche Formen der engeren Zusammenarbeit zwischen Agglomerationsgemeinden und Stadt sind anzustreben?*

Da die geplanten Änderungen im Rahmen der geplanten „Regionalkonferenz“ sowohl die Gemeindeordnung als auch die Kompetenzen (Souverän, Legislative, Exekutive) tangieren und die Gemeinden zur Vernehmlassung eingeladen sind, stellen sich die folgenden

Fragen

- 1. Hat der Gemeinderat im Rahmen der Vernehmlassung bereits geantwortet?*
- 2. Wenn ja: Kann die gemeinderätliche Stellungnahme spätestens zusammen mit den Einladungs-Unterlagen (GGR-Sitzung 15.12.2005) den Mitgliedern des Parlamentes zugestellt werden?*

3. *Welche Änderungen (Aufgaben, Kompetenzen etc.) wären nach Meinung des Gemeinderates in Ostermundigen für Souverän, Legislative und Exekutive zu erwarten?*

Walter Bruderer (FORUM): Wie im Interpellationstext zu lesen ist, werden die gesetzlichen Grundlagen für dieses Vorhaben im November 2006 im Grossen Rat behandelt. Verschiedene Mitglieder des GGR hatten anlässlich eines Workshops Gelegenheit, über die Einführung der Regionalkonferenz zu diskutieren. Wir sind zum Schluss gekommen, dem Gemeinderat ein paar Fragen zu stellen. Bis heute haben wir im Parlament verschiedene Kompetenzen und Funktionen auszuüben (z. B. Ortsplanung, Verkehrswesen etc.). Dem GGR sind die Geschäfte wie: Autobahnführung Ittigen/Ostermundigen/Muri oder Tramführung nach Ostermundigen, BEA-Unterstützung etc. bekannt. Diese Fragen werden in Zukunft von der Regionalkonferenz behandelt. Wir möchten wissen, wie sich der Gemeinderat resp. Gemeindepräsident die Meinung der Bevölkerung und der Parteien zum Thema „Regionalkonferenz“ einholt. Man kann auch die Frage stellen, ob es richtig ist, dass wenn in Köniz zur Entlastung des Dorfkerns eine Autobahn gebaut wird, die Könizer einen anderen Stellenwert als die Ostermundiger haben oder müssen sie einen gleichen Stellenwert haben? Wenn die Meinungen und Entscheide aller Gemeindepräsidenten zusammengezählt werden müssen, sollte die tangierte Gemeinde auf ein Vetorecht zurückgreifen können.

Vom Gemeinderat möchte ich wissen, wie er die Bevölkerung, die Parteien und den GGR über dieses Geschäft orientieren und die politischen Behörden zum richtigen Zeitpunkt beiziehen will. Das Vorgehen muss rechtzeitig von der Gemeinde bekannt gegeben werden. Der Bevölkerungsorientierung ist besondere Beachtung zu schenken. Themen, welche in der Regionalkonferenz behandelt werden, sind zu publizieren, damit die Parteien und die Bevölkerung zu den Geschäften vorgängig Stellung nehmen können. Die Einführung der Regionalkonferenz ist „nett“, sie muss jedoch in die richtige Richtung geleitet werden. Ich bin sehr gespannt auf die Antwort des Gemeinderates.

Gemeindepräsident Christian Zahler (SP): Die vom Kanton durchgeführte Vernehmlassung zur Strategie für Agglomerationen und regionale Zusammenarbeit dauert bis am 13. Februar 2006. Der Gemeinderat hat seine Stellungnahme noch nicht verabschiedet. Der Gemeinderat wird dem GGR die Stellungnahme noch schriftlich zustellen.

Mit den vom Regierungsrat beantragten Verfassungs- und Gesetzesänderungen wird die Einführung von Regionalkonferenzen ermöglicht. Ob eine Regionalkonferenz tatsächlich eingeführt wird, muss danach von den betroffenen Gemeinden beschlossen werden. Nötig ist die Zustimmung durch die Mehrheit der Stimmenden und die Mehrheit der Gemeinden.

Mit der Regionalkonferenz soll die regionale Zusammenarbeit gefördert und es soll möglich werden, innert nützlicher Frist verbindliche Entscheide treffen zu können. Die

Mitglieder der Regionalkonferenz sind die Gemeindepräsidentinnen und Gemeindepräsidenten. Diese können durch ihre Vizegemeindepräsidentinnen und -präsidenten vertreten werden. Die Stimmkraft der Gemeinden wird abgestuft nach der Anzahl EinwohnerInnen.

Wird eine Regionalkonferenz eingeführt, kümmert sie sich inhaltlich um zwei Schwerpunkte, nämlich um die Verkehrs- und Siedlungsplanung und um die Kulturförderung.

Bei der Verkehrs- und Siedlungsplanung ist vorgesehen, dass die Regionalkonferenz ein regionales Gesamtverkehrs- und Siedlungskonzept erarbeitet. Als Planungsinstrumente stehen die Richtpläne im Vordergrund; ausnahmsweise können auch regionale Überbauungsordnungen erlassen werden. Im Vergleich zur heutigen Situation bedeutet das, dass die regionalen Richtpläne, die bisher vom VRB erarbeitet worden sind, in Zukunft von der Regionalkonferenz verabschiedet werden und die Zustimmung durch den Grossen Gemeinderat nicht mehr erforderlich ist. Die konkrete Nutzungsplanung (Zonenplan, Baureglement) bleibt weiterhin eine Aufgabe der Gemeinden. Der Souverän verliert keine Kompetenzen, er bekommt sogar zusätzliche: via Initiativen und Referenden können regionale Abstimmungen herbeigeführt werden.

Bei der Kulturförderung ist vorgesehen, dass die Regionalkonferenz die Kulturverträge, also die finanzielle Unterstützung der regionalen Kulturinstitute, beschliessen kann. Auch da wird die Zustimmung durch den Grossen Gemeinderat nicht mehr erforderlich sein. Auch hier verliert der Souverän keine Kompetenzen.

Das sind die einzigen inhaltlichen Schwerpunkte, die der Regionalkonferenz obligatorisch übertragen werden. Es steht den Gemeinden frei, weitere Aufgaben an die Regionalkonferenz zu delegieren.

Wie gesagt, der Gemeinderat hat seine Stellungnahme noch nicht verabschiedet; trotzdem kann jetzt schon gesagt werden, dass der Gemeinderat den vorgeschlagenen Änderungen grundsätzlich positiv gegenüber steht.

Walter Bruderer (FORUM): Ich stelle gemäss Artikel 54 Absatz 3 der GO des GGR den Antrag, die Diskussionsführung zu gewähren.

A b s t i m m u n g :

Der Antrag auf Diskussion wird mit 16 zu 6 Stimmen angenommen.

Heinz Gfeller (FDP): Auch ich konnte am Workshop teilnehmen. Aus meiner Sicht entsteht hier ein interessantes Gefäss. Die Regionalkonferenz kann der Anfang sein, die Region politisch für regionale Fragen zu etablieren. Die Gemeinden sind nun gefragt, zugunsten dieser Regionalkonferenz Kompetenzen abzutreten. Ich vermute,

dass beim Lösungsansatz ein Problem auftreten wird, wenn der Entscheid nicht sauber gefällt wird. Das könnte eine weitere Stufe von Ineffizienzen auslösen. Direkte Demokratie mit Referendum von der Region könnte zu doppelter Arbeit führen. Das Geschäft ist für die Region Bern sehr interessant.

Walter Bruderer (FORUM): Selbstverständlich sind wir gespannt, was der Gemeinderat aufgrund der Umfrage für eine Antwort erteilen wird. Die Frage sei erlaubt, warum wir im Parlament nicht vorgängig zur Kompetenzabtretung befragt worden sind? Die Kompetenzen werden vom Gemeinderat anders als von Seiten der Parteien betrachtet. In der Stellungnahme ist zu erwähnen, dass das Parlament bei Grundsatzentscheiden zu begrüssen ist. Der Gemeindepräsident muss anlässlich der Regionalkonferenzsitzung wissen, was das Parlament von Ostermundigen will. Die Interessen der Gemeinde Ostermundigen hat er zu vertreten. Wichtige Entscheide sind via Gemeinderat vorgängig dem GGR zu unterbreiten. Das Parlament muss sich dessen bewusst sein, dass mit der Einführung der Regionalkonferenz Kompetenzen abgetreten werden.

Norbert Riesen (SP): Auch TeilnehmerInnen der SP-Fraktion haben am Workshop teilgenommen. Die regionale Zusammenarbeit wird befürwortet. Wie der Presse entnommen werden konnte, wird die ganze Thematik „Finanz- und Lastenausgleich und Zentrumslasten“ wieder neu aufgerollt. Das Parlament sollte zu gegebener Zeit ausreichend (evtl. mit Infoveranstaltung) über den Stand der Dinge orientiert werden.

Gemeindepräsident Christian Zahler (SP): Dem Votum von Walter Bruderer möchte ich noch hinzufügen, dass nicht das Parlament sondern der Gemeinderat dem Gemeindepräsidenten Aufträge resp. Mandate auferlegen kann.

Walter Bruderer (FORUM): Ich bin mit den gemeinderätlichen Antworten teilweise zufrieden.

87 10.374 Interpellationen

Interpellation FORUM-Fraktion betreffend die Folgen der anvisierten Bevölkerungszahl; Begründung und Beantwortung

Wortlaut

Bekanntlich hat sich der Gemeinderat für Ostermundigen das Ziel gesetzt, eine Einwohnerzahl von rund 18'000 zu erreichen. Bei dieser Zielsetzung gingen wir aufgrund der Aussagen des Gemeindepräsidenten davon aus, dass die nötige Infrastruktur dafür vorhanden ist, um so mehr als Ostermundigen vorübergehend bedeutend mehr EinwohnerInnen aufwies als heute.

Bei der Behandlung des Geschäfts „Schulhaus-Renovation Rüti“ hat sich indessen die Frage gestellt, ob ausreichender Schulraum tatsächlich vorhanden ist. Es wäre denkbar, dass bei genauer Analyse der Folgen der erwarteten Entwicklung Engpässe auf beliebigen Gebieten vorhanden sein könnten.

Im Hinblick auf eine Ostermundiger Bevölkerung von 18'000 EinwohnerInnen stellen wir deshalb folgende drei

Fragen

- 1. Bietet die heute vorhandene Infrastruktur (einige Stichworte: Strassen, ÖV, Kindergärten, Schulhäuser, Tagesschule, Mittagstisch, Sport- und Freizeitanlagen usw.) Gewähr, dass sie nicht angepasst, erweitert, ergänzt oder vermehrt werden müssen?*
- 2. Sind in der Finanzplanung nicht nur alle einmaligen, sondern auch alle wiederkehrenden Aufwände abgedeckt (einige Stichworte: Personal, Maschinen, Geräte, Räume, Unterhalt, ÖV, Wartung, Abfallbeseitigung, Vandalismus, Gesundheit, Hygiene, Reinigung, Sicherheit, Umgebungspflege, Gesellschaft, Tagesschule, Mittagstisch, Wasser, Abwasser, Abfall, Feuerwehr)?*
- 3. Wie gross ist die Wahrscheinlichkeit bzw. Gewähr (einige Stichworte: Ortsplanung, Zusammensetzung der Bevölkerung, Konkurrenz von anderen Gemeinden, kant. Gesetzgebung, Politik), dass sich die erwarteten Erträge (Steuern, Gebühren usw.) tatsächlich realisieren lassen?*

Walter Bruderer (FORUM): Mich haben zwei Gründe zur Interpellation bewegt. Erstens der Umbau der Rütischulanlage und zweitens das Rütireservoir. Wenn man hört, dass das Rothusschulhaus verkauft resp. vermietet werden soll und gleichzeitig Millionenbeträge für Schulhaussanierungen und Provisorien etc. durch den Rat gesprochen werden, ist davon auszugehen, dass den älteren SchülerInnen ein Schulhauswechsel zugetraut werden könnte. Klappt die Schulraumplanung noch? Steht genügend Schulraum für 20'000 Einwohnende zur Verfügung?

Der Ausbau des Reservoirs Rüti wurde für 20'000 WasserbezügerInnen inkl. genügend Löschwasserreserven vorgesehen. In letzter Zeit wurde gemunkelt, dass das

Rütiquartier noch anders mit Wasser versorgt werden muss, da der Wasserdruck zu wenig hoch sei. Wird durch die Gemeinde an anderen Orten ebenfalls so kalkuliert. Wir möchten von weiteren Überraschungen verschont bleiben. Ist die Infrastruktur für 18'000 Einwohnende vorhanden?

Gemeindepräsident Christian Zahler (SP): Ich verlese die Stellungnahme des Gemeinderates wie folgt:

Zu Frage 1:

Die Aussage, dass die vorhandene Infrastruktur in Ostermundigen für 18'000 EinwohnerInnen ausreicht, ist grundsätzlich richtig. Aber selbstverständlich muss diese Aussage in einzelnen Punkten relativiert werden.

Anpassungen an der Infrastruktur können mit Sicherheit nicht ausgeschlossen werden, ist es doch normal, dass sich die Bedürfnisse der Bevölkerung verändern und die Anforderungen an die Dienstleistungen der Gemeinde eher steigen als sinken. Ob in Zukunft die Tagesschule und der Mittagstisch ausgebaut werden müssen, hängt davon ab, wie begehrt diese Angebote bei den Eltern und den Schülerinnen und Schülern sind.

Auch Ergänzungen der Infrastruktur sind nicht auszuschliessen. Mit den Strassenbaulinien in der Küntigrube haben wir z. B. sichergestellt, dass bei Bedarf eine Entlastungsstrasse gebaut werden kann. Das wäre eine zusätzliche Strasse, aber es wäre eine relativ kurze zusätzliche Strasse.

Bei den Schulhäusern gehen wir heute davon aus, dass auch bei 18'000 EinwohnerInnen vier Schulanlagen ausreichen würden. Deshalb führt der Gemeinderat zur Zeit auch Verhandlungen über eine Vermietung oder einen allfälligen Verkauf der Schulanlage Rothus.

Fazit: Anpassungen und Veränderungen an der Infrastruktur sind nicht auszuschliessen. Wir dürfen aber davon ausgehen, dass die mit dem angestrebten Wachstum erwarteten zusätzlichen Einnahmen nicht einfach durch unumgängliche Investitionen in die Infrastruktur aufgebraucht werden. Deshalb ist das angestrebte Wachstum aus ökonomischer Sicht sinnvoll.

Zu Frage 2:

Ja, in der Finanzplanung sind auch die wiederkehrenden Aufwände abgedeckt. Bei der Prognose bezüglich der laufenden Rechnung ist berücksichtigt, dass eine wachsende Bevölkerung auch höhere Kosten verursacht. Deshalb steigt der erwartete Gesamtaufwand der laufenden Rechnung auch stärker als die erwartete Teuerung.

Zu Frage 3:

Der Gemeinderat ist überzeugt, dass die Voraussetzungen für das angestrebte Wachstum zur Zeit günstig sind. Wir haben grosse, baureife Baulandreserven, die Bautätigkeit hat eingesetzt und die Investoren geben uns die Rückmeldung, dass sie die Neubauwohnungen gut verkaufen können. Das berechtigt zu einem gewissen Optimismus, ist aber kein Grund, die Hände in den Schoss zu legen.

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 15. Dezember 2005

Im Zusammenhang mit der Gemeinderatsklausur 1999 hat die Abteilung Finanzen/ Steuern die Steuereinnahmen aus verschiedenen Quartieren untersucht und dabei nachweisen können, dass bei neu erstellten Quartieren tatsächlich mit höheren Steuererträgen gerechnet werden darf. Deshalb dürfen wir sagen: Unter der Voraussetzung, dass die angestrebte Entwicklung realisiert werden kann, ist die Wahrscheinlichkeit gross, dass die erwarteten Erträge eintreffen.

Walter Bruderer (FORUM): Ich bin mit der Beantwortung zufrieden.

88 10.372 Motionen

Überparteiliche Motion für ein GATS-freies Ostermundigen; *parlamentarischer Neueingang*

Ausgangslage

GATS (General Agreement on Trade in Services - Allgemeines Dienstleistungsabkommen) regelt in verschiedenen Verhandlungsrunden der WTO (World Trade Organization - Welthandelsorganisation) den grenzüberschreitenden Handel mit Dienstleistungen wie Wasserversorgung, Abfall- und Abwasserbewirtschaftung, öffentlichem Verkehr, Gesundheitswesen, Bildung und Forschung, sozialer und öffentlicher Sicherheit, Energieversorgung, Post, Telefon, IT-Kommunikation u. a.

Wortlaut

1. Der Gemeinderat wird beauftragt, Ostermundigen zur GATS-freien Gemeinde zu erklären.
2. Gleichzeitig soll der Gemeinderat die Bevölkerung Ostermundigens in geeigneter Weise darüber aufklären, was die GATS-Verhandlungen der WTO beinhalten und was von ihnen zu erwarten ist.
3. Der Gemeinderat soll Kontakt aufnehmen mit anderen GATS-freien Gemeinden mit dem Ziel, gemeinsam auf Bundesebene vorstellig zu werden. Beim dort zuständigen Staatssekretariat für Wirtschaft (seco) sollen die Gemeinden ihren Willen und ihre Entschlossenheit bekunden, ihre öffentlichen Dienstleistungen in eigenen Händen und unter eigener Regie zu behalten.

Begründung

Diese Motion richtet sich nicht gegen die Globalisierung oder gegen die WTO an sich. Die fortschreitende Globalisierung ist eine Tatsache. Der Zweck der WTO, welcher zur Zeit 148 Länder angehören, die Handelsströme zu regulieren, ist grundsätzlich zu begrüßen. Jedoch ist es Aufgabe der Bürgerinnen und Bürger, nach ihrem Vermögen dazu beizutragen, dass die Globalisierung im Interesse und zu Gunsten der Bevölkerung verläuft!

Die Motionärinnen und Motionäre sind sich bewusst, dass die Erklärung zur GATS-freien Gemeinde keine rechtliche Bindung hat. Sie verlangen aber, dass die Gemeinde Ostermundigen ein Zeichen setzt für einen starken Service public in Gemeindehand. Auch wenn das seco beteuert, eine Liberalisierung im Bereich der öffentlichen Dienstleistungen sei nicht zu befürchten, stärkt eine möglichst grosse Zahl GATS-freier Gemeinden die Verhandlungsposition der zuständigen Bundesbehörden.

Die Motionärinnen und Motionäre nehmen an, dass international tätige Konzerne mittel und längerfristig durchaus daran interessiert sind, beispielsweise Wasserquellen auch in der Schweiz zu kaufen, um sie lukrativ zu vermarkten. Ganz besonders die

Wasserversorgung, aber auch die anderen heute den Gemeindebetrieben angehörenden Bereiche sollen der Kontrolle durch die von ihnen direkt abhängige Bevölkerung auch weiterhin unterstellt bleiben. Dies ist nur möglich, solange sie in Gemeindehand sind. Ostermundigen erklärt sich zur GATS-freien Gemeinde, um ihre diesbezügliche Entschlossenheit kundzutun.

In der Schweiz bezeichnen sich schon fast 80 Gemeinden als GATS-frei, darunter Basel, Genf, Zürich. Im Kanton Bern sind es bisher 10 Gemeinden. Neue kommen laufend dazu. In Frankreich sind es über 600, in Österreich über 300.

eingereicht am 19. Dezember 2005

sig. U. Lüthy (SP)	P. Gerber (EVP)	R. Bolliger (EVP)
L. Müller (SVP)	R. Schär (SP)	C. Basler (SP)
N. Riesen (SP)	R. Wagner (EVP)	F. Kälin (CVP)
R. Mahler (SP)	A. Thomann (SP)	W. Bruderer (FORUM)
M. Neuenschwander (SP)	E. Rippstein (CVP)	T. Lutz (SP)
R. Kehrli (SP)	R. Unteregger (SP)	M. Meienhofer (FORUM)
A. Dogan (SP)	M.A. Baumann (SP)	M. Mantarro (FORUM)

--- 10 minütige Musikpause ---

Ratspräsident: Mit der heutigen Sitzung findet mein Präsidialjahr seinen Abschluss. Für mich und die EVP war es eine Ehre, dass ich während diesem Jahr den GGR präsidieren durfte.

Das Jahr 2005 war ein ereignisreiches Jahr. Erwähnt sei speziell die Hochwasserkatastrophe, die in mehreren Kantonen und besonders auch im Kanton Bern Millionenschäden verursacht hat. Menschen wurden um ihr Hab und Gut gebracht und in ihrer Existenz bedroht. Auch in der Stadt Bern hat sich die Aare wie wild gebärdet und hat sich ihren eigenen Weg gebahnt. Auch unsere Gemeinde wurde um Hilfeleistung ersucht. Angehörige unserer Feuerwehr unterstützten über mehrere Tage die Berufsfeuerwehr Bern. Positiv war die Solidaritätswelle gegenüber den Betroffenen.

Nun zurück zum Präsidialjahr. Rückblickend kann ich auf ein interessantes Jahr zurückblicken. Nach bestem Wissen habe ich die Ratsdebatten geführt. Manchmal habt ihr mir es auch schwer gemacht:

- viele knappe Abstimmungsergebnisse
- Stichentscheide
- Rückkommensanträge

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 15. Dezember 2005

- Ordnungsanträge

Kurz und gut, ihr habt mit mir fast alle mögliche Verfahrensvarianten durchgespielt. Leider konnte ich meinen an der ersten Sitzung geäusserten Wunsch, die Sitzungen immer um 18.30 Uhr zu starten, nur einmal umsetzen. Der Grund lag in der Art der aufwändigen Geschäfte, die wir zu behandeln hatten.

Ein tolles Erlebnis war der Ratsausflug nach Langenthal. Nebst dem netten Empfang durch die Behörde stand der Besuch der Firma Lantal im Mittelpunkt. Uns beeindruckte die Führung in der kreativen und innovativen Firma (nur schade, dass solche Unternehmen nicht in Ostermundigen angesiedelt sind!).

Zum Schluss möchte ich noch etwas zu unserer Gemeinde sagen. Wir haben dieses Jahr sehr viele Projekte in Gang gebracht, die das Ansehen und die Attraktivität von Ostermundigen verbessern werden. Als Beispiel sind dies:

- Unsere Steine: Sandstein ist zwar nicht so wertvoll wie Diamanten, aber unser Sandstein ist dafür in der ganzen Schweiz bekannt, dank dem Künstler Paul Klee, auf dessen Wegen nun die ganze Schweiz in Ostermundigen wandern kann.
- Seniorenresidenz
- Projekt Bernstrasse etc.

Ich möchte euch alle hier im Saal Anwesenden daran erinnern, dass dies allein nicht genügt. Es ist ja eine der Eigenarten von uns Schweizerbürgerinnen und -bürgern, dass wir im Gespräch mit Leuten vorerst kritisieren und das Negative voranstellen. Deshalb möchte ich euch als persönliche Botschaftsträgerinnen und -träger dazu aufrufen, das Positive und die Vorteile unserer Gemeinde Ostermundigen über die Gemeindegrenze hinaus weiterzutragen.

Nun möchte ich euch bitten, auch meinem Nachfolger Erich Blaser, das gleiche Vertrauen entgegenzubringen, das ihr mir gewährt habt.

Herzlich danken möchte ich für die Unterstützung durch die Verwaltung, vor allem Marianne Meyer und Jürg Kumli. Danken möchte ich an dieser Stelle auch meinem Vizepräsidenten, Erich Blaser und euch, geschätzte Ratsmitglieder, für eure Fairness, ihr wart für mich bis anhin das beste Parlament, das ich präsidieren durfte.

Ihnen und ihren Angehörigen wünsche ich frohe Festtage und ein freudvolles Jahr 2006.

Nun bleibt nur noch eines zu sagen: *Dr Bart isch ab u z' ässe wird chalt. En Guete!!*

1. Vizepräsident Erich Blaser (SVP): *Während 23 Stund und 30 Minute hesch du üs bravurös dür Sitzige gfühert. Mir hei feini Ratstäfeli dörfe entgägenäh. Im Summer hesch du mit dr Daylong-Sunnecreme drfür gsorget, dass mir keni roti Chöpf über-*

Grosser Gemeinderat von Donnerstag, 15. Dezember 2005

chöme und sit dr Mai-Sitzig schteit dank dir bim Rednerpult es Houzschämeli, i hoffe, dass mir das o wieterhin dörfe bruche.

Liebe Bruno, damits dir i Zuekunft nid längwilig wird, hei mir üs überleit was mir drgä-ge chöi mache. Du hesch es paar Hobbys, eis dervo isch Inlineskate. Mir hei üs aber entschlosse dir es Präsent für es weniger gfährlichs Hobby z'überreiche, es sig denn e Haifisch bissi a, was i üserne Gwässer eher unwahrschinlich isch. Im Name vom GGR darf i dir z'Fischerpatänt fürs Jahr 2006 schänke. Petri heil!

Liebe Bruno, dir u dinere ganze Familie und aune Awäsende hie im Saal wünschi e schöni Wiehnacht u e gute Rutsch is nöie Jahr.

NAMENS DES GROSSEN GEMEINDERATES

Der Präsident:

Der Sekretär:

Bruno Schröter

Jürg Kumli

Die Stimmzählenden:

Theo Lutz

Patrik Lüthy